
Lageanalyse und Prognose Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien

Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung

(KompZ KFE)

Juni 2021

Autoren:

Marco Binetti, Vanessa Gottwick, Daniel Mittermaier, Tim Tepel, Christoph Wußmann

Inhaltsverzeichnis

1 Zusammenfassung	3
2 Ägypten	8
2.1 Schlüsselfaktoren	11
2.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	12
2.3 Zukunftsszenarien	13
3 Algerien	16
3.1 Schlüsselfaktoren	17
3.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	20
3.3 Zukunftsszenarien	21
4 Libyen	23
4.1 Schlüsselfaktoren	24
4.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	28
4.3 Zukunftsszenarien	29
5 Marokko	31
5.1 Schlüsselfaktoren	32
5.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	34
5.3 Zukunftsszenarien	35
6 Tunesien	37
6.1 Schlüsselfaktoren	38
6.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	40
6.3 Zukunftsszenarien	41
7 Ergebnisse prädiktiver Modelle	43
Abbildungsverzeichnis	46
Quellen	48

1 Zusammenfassung

Die sicherheitspolitische Lage in Nordafrika unterscheidet sich stark von Land zu Land und reicht von einem Bürgerkrieg im Waffenstillstand in Libyen zu relativ stabilen Regimen in Marokko und Ägypten. Die Qualität der Regierungsführung unterscheidet sich dabei teilweise deutlich (Abbildung 1).

Neben einer Reihe von länderspezifischen Trends und Ereignissen, gibt es dabei eine Reihe auffälliger Parallelen zwischen allen bzw. der Mehrheit der fünf in diesem Bericht betrachteten Staaten:

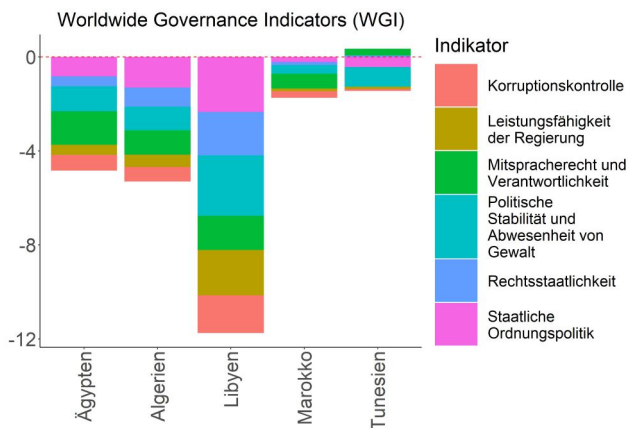
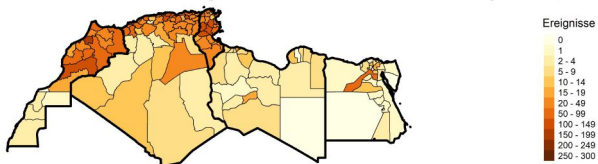
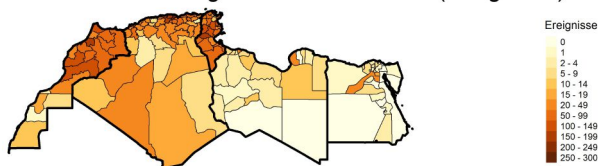


Abbildung 1: Worldwide Governance-Indikatoren: Qualität der Regierungsführung in Nordafrika¹(Weltbank, 2021f).

Proteste und gewaltsame Unruhen (Ereignisse): 2019



Proteste und gewaltsame Unruhen (Ereignisse): 2020



Proteste und gewaltsame Unruhen (Ereignisse): 2021

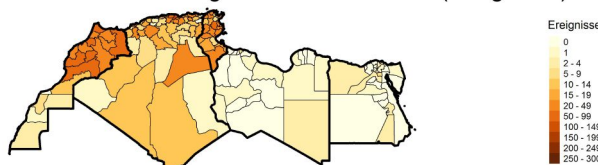


Abbildung 2: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Veränderung Proteste und gewaltsame Unruhen (Raleigh, Linke, Hegre & Karlsen, 2010).

- Die **wirtschaftliche Lage** ist in allen betrachteten Ländern angespannt. In der Regel ist dies auf strukturelle Probleme und ausbleibende Reformen sowie Korruption zurückzuführen. Die Konsequenzen sind Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektiven für die Bevölkerung.
- Die **Corona-Pandemie** hat diese Ausgangssituation in allen betrachteten Ländern maßgeblich verschärft und führt zu Preissteigerungen und teilweise auch zur Knappheit von Alltagsgütern und Grundnahrungsmitteln.
- Unzufriedenheit** in der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Probleme und die politische Elite führen in allen fünf Ländern immer wieder zu **Protesten und Unruhen** (Abbildung 2). Diese werden mit Repressionen und Einschränkungen der Meinungsfreiheit unterdrückt. Am stärksten betroffen davon sind Algerien, Marokko und Tunesien.

Die "Worldwide Governance Indicators"(WGI) sind das Ergebnis eines Forschungsprojekts der Weltbank. Das Ziel ist, die Qualität von Governance weltweit entlang sechs verschiedener Dimensionen zu messen und vergleichbar zu machen. Die Indikatoren werden auf der Basis von mehr als 30 Datenquellen errechnet. Diese umfassen Meinungsumfragen sowie Erkenntnisse von kommerziellen Informationsdiensten, Nichtregierungsorganisationen und des öffentlichen Sektors. Das Maß der Indikatoren basiert auf der Abweichung vom Mittelwert 0 und reicht in etwa von -2,5 bis +2,5, wobei höherer Werte mit besserer Governance korrespondieren.

Auffällig ist außerdem der **grenzüberschreitende Charakter bestehender Konflikte** in der Region. Ägypten beteiligt sich neben Ländern wie China, Russland oder den Golfmonarchien ebenfalls am stark internationalisierten Krieg in Libyen. Weiterhin ist Ägypten in einen Disput mit Äthiopien und Sudan über einen Staudamm am Nil verwickelt, während Algerien im Westsahara-Konflikt mit der Polisario-Front Gegner Marokkos unterstützt.

Die Häufigkeiten verschiedener Konfliktereignisse spiegeln die vorherrschenden sicherheitspolitischen Herausforderungen der jeweiligen Länder wieder: Während in Algerien, Marokko und Tunesien Proteste die mit Abstand häufigsten Ereignisse sind, dominieren in Ägypten und Libyen Kampfhandlungen (Abbildung 3). Diese fanden in Libyen vor allem im Nordosten rund um die Hauptstadt Tripolis statt, in Ägypten nahezu ausschließlich auf der Sinai-Halbinsel (Abbildung 4). Eine Begleiterscheinung dieser Konflikte ist immer wieder Gewalt gegen Zivilisten, allerdings kommt es auch in anderen Regionen vereinzelt zu derartigen Vorkommnissen (Abbildung 5).

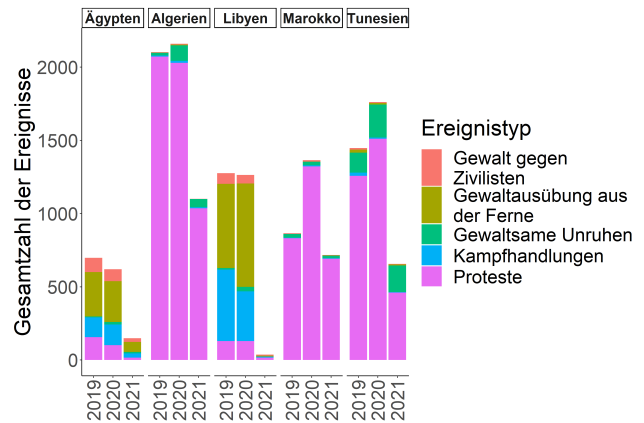


Abbildung 3: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Konflikte nach Ereignistyp (Raleigh et al., 2010).

Im Folgenden werden die aktuelle sicherheitspolitische Lage, die wichtigsten Schlüsselfaktoren für die weitere Entwicklung und Erwartungen für deren Zukunft kurz zusammengefasst:

Sicherheitspolitik bestimmt das Handeln des Regimes unter Präsident al-Sisi in **Ägypten**. Das Problem der prekären Arbeits- und Lebensbedingungen, die auch die Proteste des Arabischen Frühlings 2011 und den Sturz von Husni Mubarak mit auslösten, besteht weiterhin. Das Regime reagiert auf die immer wieder aufkommenden Unruhen mit Repressionen und der Unterdrückung der freien Presse und Zivilgesellschaft. Der nach Terroranschlägen im Jahr 2017 verhängte Ausnahmezustand besteht bis heute. Trotz eines hohen Diversifizierungsgrades der Wirtschaft, kämpft Ägypten immer wieder mit Devisenknappheit. Die wirtschaftliche Vulnerabilität hat sich durch die Belastung der Corona-Pandemie weiter erhöht. Aktuell befindet sich Ägypten in der dritten Pandemiewelle und hat nach einer Strategie der „Koexistenz mit Corona“ zum ersten Mal seit etwa einem Jahr wieder Restriktionen verschärft. In diesem Kontext hat China zunehmend an Einfluss in Ägypten gewonnen und wird diesen in Zukunft weiter ausbauen. Die hohe Abhängigkeit der ägyptischen Wirtschaft vom Nil führt zudem zu Spannungen zwischen Äthiopien, Ägypten und Sudan, da das flussaufwärts gelegene Äthiopien durch den Bau eines Staudamms die Wasserversorgung der beiden anderen Staaten gefährden könnte. Eine militärische Eskalation scheint derzeit unwahrscheinlich, kann aber nicht ausgeschlossen werden. Innerhalb des Landes führen ägyptische Sicherheitskräfte auf der Sinai-Halbinsel bereits seit 2011 eine Anti-Terror-Kampagne gegen einen Ableger des Islamischen Staates durch. Seit Beginn des Jahres scheint die Intensität der Kampfhandlungen abzunehmen, was auf eine weitere Entspannung hoffen lässt.

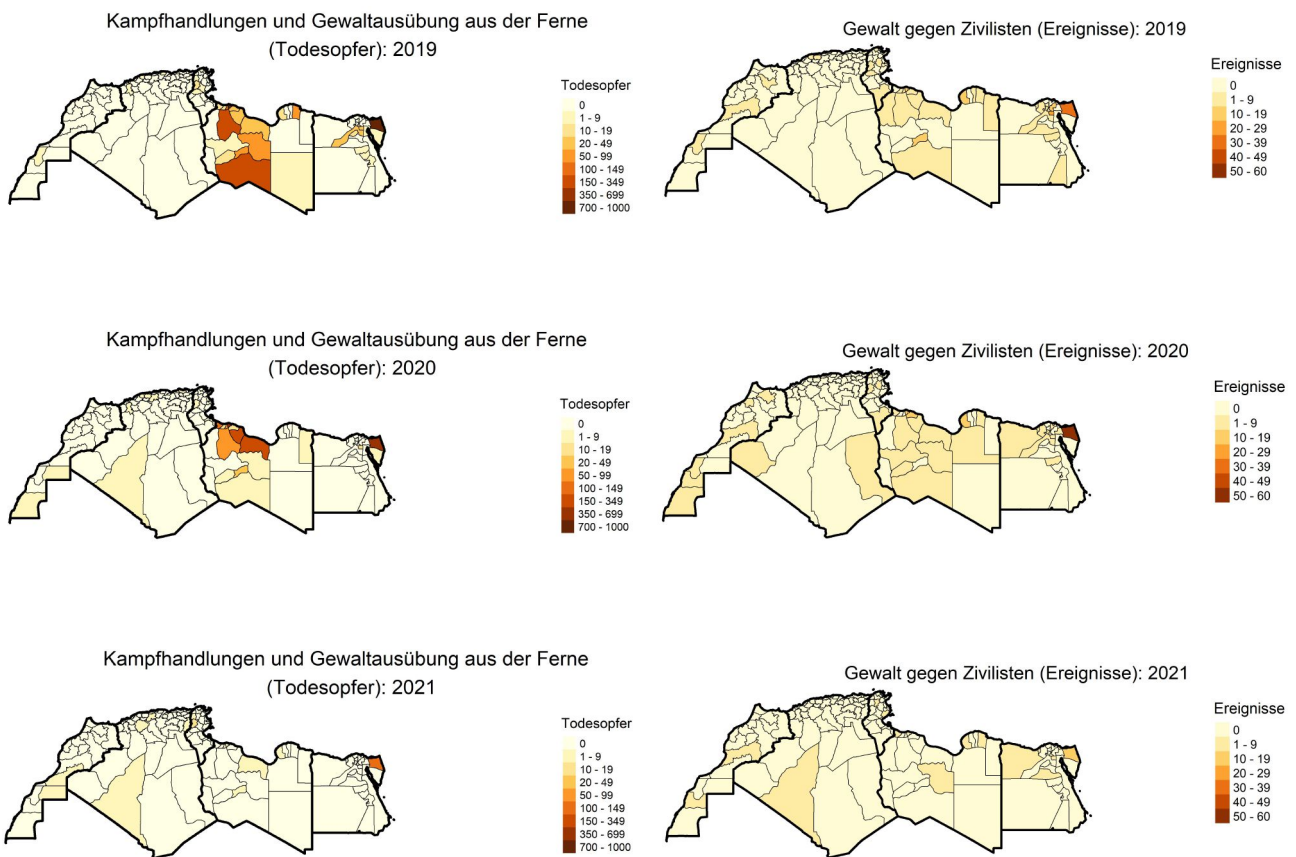


Abbildung 4: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Veränderung Todesopfer durch Kampfhandlungen und Gewalt aus der Ferne (Raleigh et al., 2010).

Abbildung 5: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Veränderung von Gewalt gegen Zivilisten (Raleigh et al., 2010).

In **Algerien** hat sich im Februar 2019 eine Massenbewegung („Hirak“) gebildet, die zunächst gegen den Wiederantritt des alternden Präsidenten Bouteflika protestierte und sich nach dessen Absetzung durch das algerische Militär hin zu allgemeinen Anti-Regime-Protesten wandelte. Das Regime reagierte auf die weitgehend friedlichen Proteste mit gezielten Repressionen und Scheinreformen. Erst mit Beginn der Corona-Pandemie und damit verbundenen Ausgangsbeschränkungen konnten die Proteste weitgehend eingedämmt werden, bevor sie zum zweijährigen Jubiläum im Februar 2021 erneut ausbrachen. Trotz breiter landesweiter Zustimmung hat sich Hirak nie zu einer einheitlichen Bewegung mit klaren Forderungen und Strukturen entwickelt, was mit der Grund dafür ist, dass weitergehende Erfolge bislang ausblieben. Die Proteste wie auch die Pandemie und der damit einhergehende Einbruch des Ölpreises verdeutlichen die zunehmende Instabilität des von Ölexporten abhängigen algerischen „rentier state“, in dem sich das nur vorgeblich zivile Regime über 20 Jahre sozialen Frieden durch Staatsleistungen „erkauft“ hatte. Sowohl politisch wie auch wirtschaftlich sind daher mittelfristig strukturelle Reformen nötig, um den Staat aufrecht zu erhalten. Angesichts regimeinterner Konflikte und individueller Interessen der Eliten an der Beibehaltung des Status Quo erscheint es allerdings unwahrscheinlich, dass echte Reformen angestoßen werden.

Die sicherheitspolitische Lage in **Libyen** wird weiter durch den seit 10 Jahren andauernden Bürgerkrieg bestimmt. Libyen ist dabei zum Schauplatz konkurrierender ideologischer, wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen regionaler Mächte geworden. Dabei stehen sich hauptsächlich die Türkei und Katar den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Russland gegenüber. Die Corona-Krise hatte in diesem Kontext zwar gravierende wirtschaftliche Auswirkungen für die Bevölkerung, war aber für den Konfliktverlauf nicht entscheidend. Nach jahrelanger Spaltung befindet sich Libyen derzeit in den Anfängen eines Friedensprozesses. Die beiden wichtigsten Fraktionen, selbst Zusammenschlüsse aus einer Vielzahl kleiner Milizen und bewaffneter Gruppen, haben sich im Oktober 2020 nach monatelangen intensiven Kämpfen um die Hauptstadt Tripolis auf einen Waffenstillstand geeinigt und im März 2021 die Bildung einer Einheitsregierung beschlossen. Nach derzeitigem Stand ist die Hoffnung auf einen nachhaltigen Frieden allerdings nur gering: Einerseits müssten dafür die Interessenskonflikte der internationalen Unterstützer beigelegt werden, andererseits gibt es derzeit nicht genug Anreize für die beteiligten militärischen Akteure, die Kontrolle an eine zentrale Stelle abzugeben. Die zersplitterte politische und militärische Landschaft macht es für die neue Regierung zudem nahezu unmöglich, alle im Land vertretenen Interessen ausreichend zu berücksichtigen.

Marokko kann auf eine stabile wirtschaftliche Entwicklung während der letzten Jahre zurückblicken, die mit einer Verbesserung des Geschäftsklimas sowie der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren einherging. Gleichzeitig herrscht in der marokkanischen Gesellschaft extreme Ungleichheit. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt mehr als doppelt so hoch. Über die Hälfte der marokkanischen Arbeitnehmer ist im informellen Sektor beschäftigt. Aufgrund der Ungleichheit kommt es immer wieder zu Protesten, die auch in Zukunft weiterhin zu erwarten sind. Obwohl die Monarchie durch eine Verfassungsreform mehr Befugnisse an das Parlament abgegeben hat, greift der Monarch weiter stark in die Regierungsgeschäfte ein, dies jedoch ohne substanziellen Mehrwert sowie auf Kosten der Legitimität des Parlaments. In der Corona-Pandemie traten diese Konflikte aber teilweise in den Hintergrund. Im November 2020 erklärte die Polisario-Front zudem das Ende eines 29-jährigen Waffenstillstandes im Westsahara-Konflikt um das Selbstverwaltungsrecht der Saharais - ein angestrebter eigenständiger Staat, der von Marokko, das Teile der Westsahara besetzt, nicht anerkannt wird. Auch wenn diese Ankündigung vermutlich nur ein taktischer Schachzug der Polisario-Front ist, birgt der Konflikt Spannungspotential sowohl mit Algerien, das die Polisario-Front unterstützt, als auch mit Spanien und der Europäischen Union, die in dieser Frage gespalten sind. Dabei droht Marokko auch damit, zehntausende Flüchtlinge nach Spanien übersetzen zu lassen. Insgesamt ist es allerdings unwahrscheinlich, dass der Konflikt weiter eskaliert.

Tunesien ist das Vorzeigeland des Arabischen Frühlings und die einzige verbliebene Demokratie unter den betroffenen Ländern. Inzwischen ist die tunesische Demokratie allerdings durch eine Reihe politischer Machtkämpfe sowie strukturelle wirtschaftliche Schwierigkeiten angeschlagen. In der aktuellen Regierung kam es immer wieder zu Streitigkeiten und Kabinettsumbildungen, die angesichts der Probleme Tunesiens in der Bevölkerung zunehmend auf Unverständnis stoßen. Die wirtschaftliche Lage hat sich durch die Corona-Krise trotz zunächst erfolgreicher Eindämmung weiter verschlechtert. Die Tourismusindustrie und der informelle Sektor wurden beispielsweise hart getroffen. Tunesien befindet sich in einer Schuldenspirale

und musste bereits zweimal den Internationalen Währungsfonds um Unterstützung bieten. Die Arbeitslosigkeit, vor allem unter gut ausgebildeten Tunesierinnen und Tunesiern, stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. Dabei existiert ein starkes Gefälle zwischen den vergleichsweise wohlhabenden Küstenregionen und einem Landesinneren mit hoher Arbeitslosigkeit, was sich auch in der politischen Landschaft Tunesiens widerspiegelt. Aus Unzufriedenheit über diese Probleme und die ausbleibenden Reformen sowie die anhaltende Korruption der politischen Elite kommt es daher immer wieder zu Protesten, auf die die Regierung zuletzt mit Massenverhaftungen reagierte. Zukünftig ist zu erwarten, dass aufgrund weiter ausbleibender Reformen das Ausmaß der Proteste weiter zunimmt. Es besteht die Gefahr, dass es dabei auch zu gewaltsamen Unruhen kommt.

Zur weiteren Substantiierung der im Bericht getroffenen Einschätzungen wurden abschließend mit prädiktiven Modellen **Vorhersagen auf nationaler und subnationaler Ebene** zur kurzfristigen Eskalationswahrscheinlichkeit (3 Monate) von Kampfhandlungen, Gewalt gegen Zivilisten und Protesten bzw. gewaltsamen Unruhen generiert. Die erzeugten Risikoabschätzungen decken sich im Wesentlichen mit den bereits auf Basis der qualitativen Analyse gewonnenen Schlussfolgerungen. Eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Protesten bzw. gewaltsamen Unruhen wurde für Marokko, Algerien und Tunesien ausgegeben. In der subnationalen Ausdifferenzierung sind in Algerien hiervon primär die bevölkerungsreichen Küstenregionen, in Marokko und Tunesien auch das Hinterland betroffen, wobei als maßgebliche Datengrundlage aktuelle Konflikttrends und die jüngere Konflikthistorie dienen. Algerien verzeichnete zudem zwischen April und Mai einen hohen Anstieg des Risikowertes. In Bezug auf die Eskalation von Kampfhandlungen (inkl. Gewaltausübung aus der Ferne, hier insbesondere IED-Anschläge) weisen in Libyen die Hauptstadtregion um Tripoli, Benghazi sowie in Ägypten die Sinai Halbinsel vergleichsweise hohe Werte in der Risikoabschätzung auf. Im länderübergreifenden Vergleich mit anderen afrikanischen Krisenregionen ist allerdings keiner der Werte als besonders hoch anzusehen.

2 Ägypten

Die politische und wirtschaftliche Lage in Ägypten stabilisiert sich nach der Januar-Revolution im Jahr 2011 und dem resultierenden Rücktritt von Staatspräsident Husni Mubarak nur langsam. Das staatliche Handeln wird in hohem Maß durch die Sicherheitspolitik bestimmt (BMZ, 2021b).

Ägypten ist mit ca. 100 Mio. Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt und hinter Nigeria und Äthiopien der drittbevölkerungsreichste Staat Afrikas. Ägypten ist zudem eines der wasserärmsten Länder der Welt. Die gesamte Volkswirtschaft und deren Einwohner sind sehr stark von der Wasserversorgung durch den Nil abhängig. Da ein Großteil des Staatsgebiets aus Wüste besteht, sind 95 Prozent der Gesamtbevölkerung und somit auch ein Großteil der wirtschaftlichen Aktivität entlang des fruchtbaren Niltals konzentriert, was etwa 5 Prozent der Landesfläche entspricht. Das anhaltende Bevölkerungswachstum erhöht kontinuierlich den Druck auf die Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen, Arbeitsplätzen sowie Wohnimmobilien und erschwert den Zugang zum Gesundheits-, Bildungssystem und Entsorgungsinfrastruktur (CIA, 2021).

Aufgrund der sehr hohen Priorität der Wassersicherheit für Ägypten, birgt die Realisierung der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre (GERT) am Blauen Nil, dem wichtigsten Zufluss des Nil, Konfliktpotential mit Äthiopien. Die Talsperre wird in der west-äthiopischen Region Benishangul-Gumuz, nahe der Grenze zum Sudan, errichtet und ist aktuell zu 80 Prozent fertiggestellt. Seitens Ägypten bestehen Befürchtungen, dass sich die Realisierung des Projekts nachteilig auf den Zugang zu Süßwasser und somit die Versorgung der Landwirtschaft auswirken könnte (Lossow, Miehe & Roll, 2020).

Die ägyptische Volkswirtschaft weist einen relativ hohen Diversifizierungsgrad auf und umfasst hauptsächlich die Sektoren Landwirtschaft, Kohlenwasserstoffe, verarbeitende Industrie, Tourismus und andere Dienstleistungen. Es besteht zudem eine starke Verflechtung des ägyptischen Militärs mit der Privatwirtschaft (CIA, 2021).

Die hohe politische Unsicherheit im Anschluss an die Januar-Revolution 2011 hat sich negativ auf Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Nach einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 2010 und 2013 von 8,8 auf 13,2 Prozent fiel diese anschließend bis 2019 wieder auf 9,7 Prozent. Das Jahr 2020 verzeichnete jedoch wieder einen Anstieg auf 10,5 Prozent. Das Wirtschaftswachstum ist im Anschluss an die Ereignisse des Jahres 2011 zwar eingebrochen, lag zwischen 2015 und 2019 jedoch wieder zwischen 4 und 5 Prozent. Schätzungen zufolge wäre ein Wachstum von ca. 10 Prozent notwendig um Breitenwirksamkeit zu entfalten und alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist frühestens für 2022 prognostiziert. Die ägyptischen Währungsreserven decken weniger als 40 Prozent der Gesamtverschuldung des Landes, wobei 10 Prozent der Staatsschulden kurzfristig fällig werden. Ende 2016 musste Ägypten bereits nach andauernder Devisenknappheit und zunehmendem Ausbleiben finanzieller Unterstützung durch die Golfstaaten einen Kredit über 23 Mrd. USD des Internationalen Währungsfonds in

Anspruch nehmen. Zur Absicherung erfolgten die Wechselkursfreigabe des ägyptischen Pfunds, die Einführung neuer Steuern sowie eine Verringerung von Energiesubventionen, was die Inflation im Jahr 2017 (30 Prozent) stark befeuerte. Seit der Wechselkursfreigabe sind ausländische Investitionen in Ägyptens hochverzinsten Staatsanleihen exponentiell gewachsen (Weltbank, 2021c; CIA, 2021; Germany Trade and Invest, 2021a).

Prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen haben während der letzten beiden Dekaden zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung geführt. Diese sozioökonomischen Faktoren haben mitunter zum Ausbruch der Januar-Revolution 2011 beigetragen. So richtete sich der Volksaufstand nicht nur ausschließlich gegen ein autoritäres Regime. Die Bevölkerung forderte unter anderem Arbeitsplätze, bezahlbare Lebensmittel sowie die Zurückdrängung von Korruption und Vetternwirtschaft. Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft und politische Opposition haben sich seit dem Amtsantritt von Abdel Fattah al-Sisi im Jahr 2014 jedoch weiter verringert. Die Pressefreiheit und Arbeit von Nichtregierungsorganisationen sind stark eingeschränkt. Der Ausnahmezustand, welcher die Einschränkung verfassungsrechtlich garantierter Grundrechte erlaubt – verhängt nach einem Terroranschlag im April 2017 – wurde seitdem alle drei Monate verlängert und dauert an. Zudem konnte al-Sisi in der Zwischenzeit seine Machtposition weiter stärken. Ägypten sieht sich weiterhin mit sehr großen Herausforderungen konfrontiert, die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung zu verbessern. Wie Abbildungen 6-7 zeigen, war die Anzahl der Ereignisse von gewaltsamen Unruhen und Protesten im regionalen nordafrikanischen Vergleich während des Zeitraums von Januar bis Mai 2021 relativ gering. Abbildung 8 veranschaulicht jedoch, dass sporadisch immer wieder mit größeren Protesten zu rechnen ist, wie die Ereignisse im September/Oktober 2019 sowie im September 2020, die sich gegen staatliche Korruption, Vetternwirtschaft und Repressionen richteten, verdeutlichen (BMZ, 2021b; HRW, 2020; Amnesty International, 2021a).

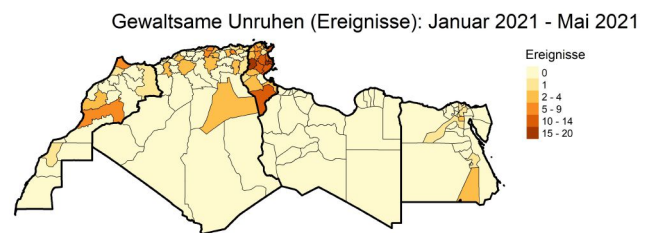


Abbildung 6: ACLED-Ereignisse 2021: Geografische Verteilung von gewaltsamen Unruhen (Raleigh et al., 2010).

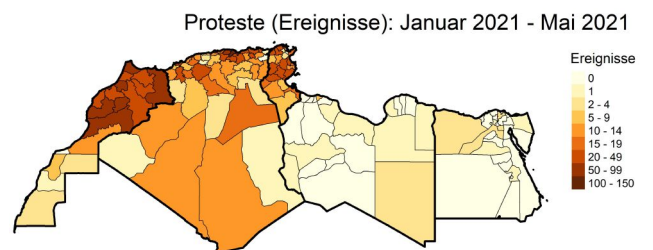


Abbildung 7: ACLED-Ereignisse 2021: Geografische Verteilung von Protesten (Raleigh et al., 2010).

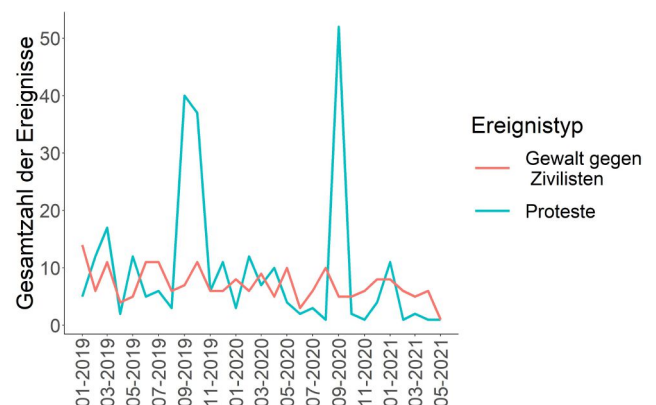


Abbildung 8: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Proteste und Gewalt gegen Zivilisten (Raleigh et al., 2010).

Seit dem Jahr 2011 sind ägyptisches Militär, Polizei und weitere Sicherheitskräfte an Operationen zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung innerhalb des Gouvernement Schimal Sina' im Norden der Sinai-Halbinsel beteiligt, die sich vor allem gegen die terroristische Vereinigung „Islamic State of Iraq and ash-Sham – Sinai Province“ richten. Ägypten hat 2018 seine Truppenstärke mit dem Einverständnis Israels (DMZ Sinai-Halbinsel) von 25.000 auf 42.000 Soldaten in der Region erhöht (CIA, 2021; Times of Israel, 2018).

Wie Abbildungen 9-11 zeigen, dauert der Konflikt aktuell an und weist die höchsten Ereigniszahlen bei Kampfhandlungen, Gewaltausübung aus der Ferne (primär IED-Angriffe/Anschläge) und Gewalt gegen Zivilisten (u.a. Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen) in Nordafrika während des Betrachtungszeitraums von Januar bis Mai 2021 auf. Abbildung 12 gibt Aufschluss zu Opferzahlen der Kampfhandlungen und Gewaltausübung aus der Ferne für den vorliegenden Konflikt sowie deren geografische Verortung während des Zeitraums von Januar 2019 bis Mai 2021. Hierbei ist anzumerken, dass eine Konzentration der Kampfhandlungen im Norden des Gouvernements sowie an der Grenze zum Gazastreifen zu beobachten ist.

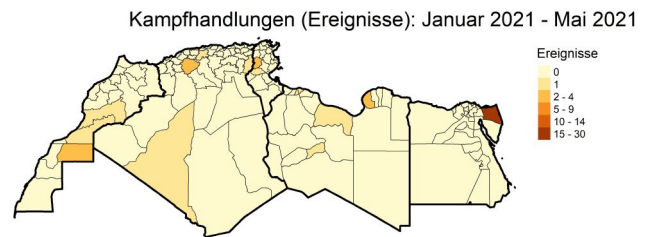


Abbildung 9: ACLED-Ereignisse 2021: Geografische Verteilung von Kampfhandlungen (Raleigh et al., 2010).

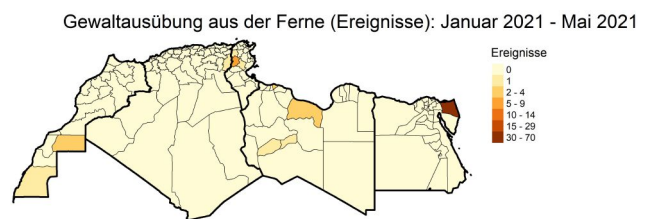


Abbildung 10: ACLED-Ereignisse 2021: Geografische Verteilung von Gewalt aus der Ferne (Raleigh et al., 2010).

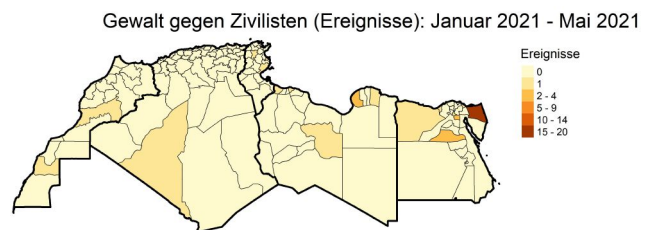


Abbildung 11: ACLED-Ereignisse 2021: Gewalt gegen Zivilisten (Raleigh et al., 2010).

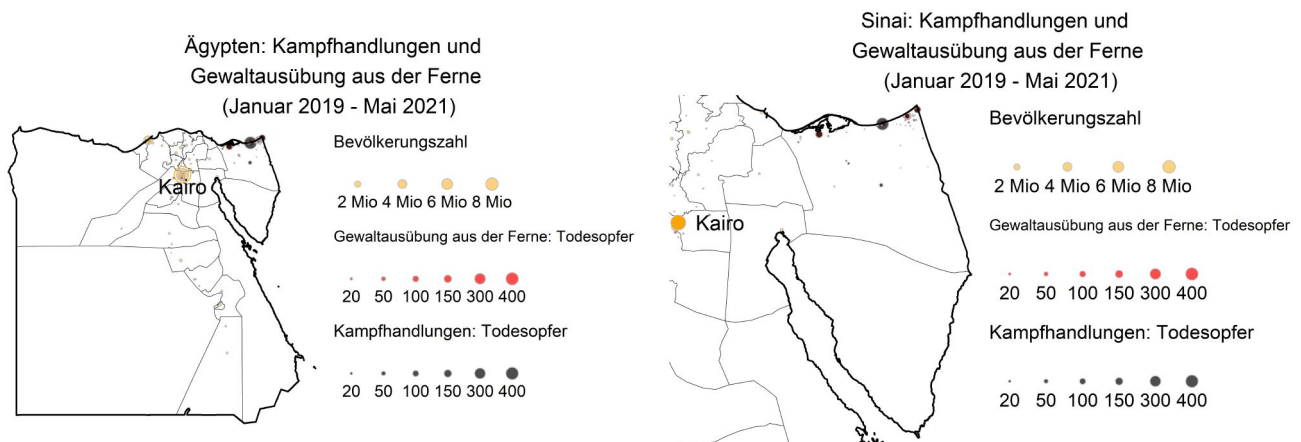


Abbildung 12: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Geografische Verteilung von Opferzahlen: Kampfhandlungen, Gewalt aus der Ferne (Raleigh et al., 2010).

Dies hat, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Eskalation des Israel-Palästina-Konflikts, möglicherweise nachteilige Auswirkungen auf die Grenzsicherung Ägyptens auf der Sinai-Halbinsel. Abbildung 13 beschreibt für das Jahr 2021 einen fallenden Trend von Konfliktereignissen für Gewaltausübung aus der Ferne und Kampfhandlungen in Ägypten, die auf eine Entspannung der Sicherheitslage auf der Sinai-Halbinsel hindeuten (Raleigh et al., 2010).

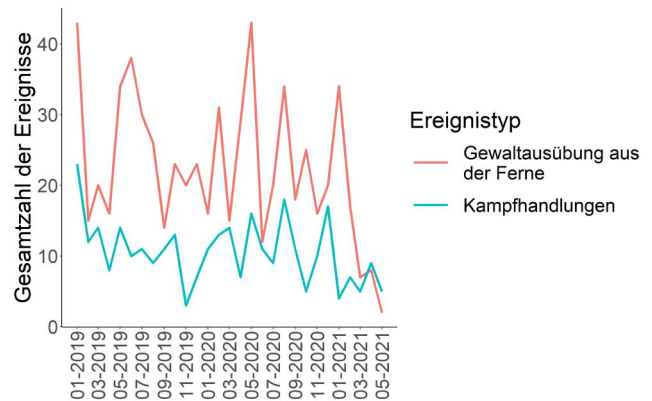


Abbildung 13: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Gewaltausübung aus der Ferne (z.B. IED-Anschlag, Artillerieangriff) und Kampfhandlungen (Raleigh et al., 2010).

Im Rahmen des Libyen-Konflikts leistet Ägypten zudem Militärhilfe für General Chalifa-Haftar, zu dessen Unterstützern außerdem Russland, China, Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Saudi-Arabien zählen. Die Türkei und Italien gelten als Hauptunterstützer der Regierung des Nationalen Einvernehmens. Im Juni 2020 hat Ägypten mit einer direkten Militärintervention gedroht (BPB, 2020).

2.1 Schlüsselfaktoren

Einfluss Chinas

Die wirtschaftliche Vulnerabilität Ägyptens aufgrund des chronischen Außenhandelsdefizits und dem daraus resultierenden Mangel an Devisen eröffnet ausländischen Akteuren Möglichkeiten zur Machtprojektion durch Investitionen in Staatsanleihen und in die Privatwirtschaft. Hauptnutznießer könnte China sein. Die Volksrepublik erachtet Ägypten als strategisch wertvoll für die Umsetzung der Neuen Seidenstraße (Belt and Road)-Initiative in der Mittelmeerregion. Aktuell besitzt China bereits Infrastruktur entlang des Suezkanals. Einige chinesische Unternehmen haben sich zudem in der „Suez Economic and Trade Cooperation Zone“ (SETC) angesiedelt. Dies stärkt den Einfluss der Volksrepublik und könnte bei anhaltend hoher Investitionstätigkeit längerfristig in einer zunehmenden Abhängigkeit Ägyptens von chinesischem Kapital und Unternehmen münden, zumal letztere bereits eine hohe Anzahl an Arbeitsplätzen bereitstellen. Die Corona-Pandemie könnte dabei als Brandbeschleuniger wirken, da Ägypten in besonderem Maße von den Devisen ausländischer Besucher abhängig ist. Auch der Aufbau lokaler Produktionskapazitäten für chinesischen Impfstoff ist bereits geplant. Des Weiteren würde sich eine Verschlechterung der Sicherheitslage auf dem Sinai mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ auf die ägyptische Tourismuswirtschaft auswirken, wie der Terroranschlag aus dem Jahr 2015 auf ein russisches Passagierflugzeug gezeigt hat. Dies würde zusätzlich die dargelegte Problematik der Devisenknappheit verschärfen.

Faktoren, die sich direkt auf diese Vulnerabilität auswirken, sind zum einen Ägyptens Fähigkeit dauerhaft einer Devisenknappheit durch das Generieren ausreichender Einnahmen, vor allem aus Tourismus, Suezkanal und Rücküberweisungen im Ausland lebender Staatsbürger, entgegenzuwirken. Hierbei erscheinen auch der Verlauf der Corona-Pandemie sowie die Sicherheitslage auf dem Sinai wichtig. Zum anderen hängt die Verwundbarkeit der ägyptischen Volkswirtschaft auch vom Ausmaß des wirtschaftlichen Engagements von

Drittstaaten, die dem Einfluss Chinas entgegenwirken können, ab.

Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre (GERT)

Die Vulnerabilität der Wasserversorgung Ägyptens könnte die Beziehungen zu Äthiopien weiter verschlechtern. Die äthiopische Regierung plant das GERT-Becken während der kommenden 6-7 Jahre vollständig zu füllen, während Ägypten jedoch auf die Ausdehnung dieses Zeitraums auf 12 Jahre besteht. Faktoren, welche die weitere Entwicklung des Konflikts unmittelbar beeinflussen, sind zum einen die ägyptisch-sudanesischen Beziehungen, da ein militärisches Vorgehen Ägyptens ohne Unterstützung des Nachbarlands nur wenig plausibel erscheint. Der Sudan ist als Nilanrainerstaat zwischen den beiden Konfliktparteien der Realisierung des GERT-Projekts aktuell nicht völlig abgeneigt. Die Eskalationswahrscheinlichkeit des Konflikts hängt aber insbesondere auf der Seite Äthiopiens auch maßgeblich von der inländischen Sicherheitslage ab.

Aufstände und Unruhen

Aufgrund der latenten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen sowie des Ausmaßes an Repressionen von staatlicher Seite besteht zudem eine Verwundbarkeit hinsichtlich der inneren Stabilität des Landes. Eine Verschärfung der Corona-Lage und eine Verschlechterung der Sicherheitssituation auf dem Sinai können sich dabei negativ auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung auswirken, was die Bereitschaft für Proteste erhöht. Da die Regierung und deren Machtposition in hohem Maß von der militärischen Stärke Ägyptens abhängen, kann eine Überbeanspruchung der militärischen Kapazitäten durch ein möglicherweise gleichzeitiges Engagement auf dem Sinai und in Libyen auch innenpolitische die Machtposition von al-Sisi schwächen.

Faktoren, die sich direkt auf die Stabilität des Landes auswirken, sind folglich das Ausmaß inwieweit es Ägypten gelingt die Sicherheitslage auf dem Sinai zu verbessern, der Verlauf der Corona-Pandemie, die Bereitschaft für weitere Militärintervention sowie der Grad and Repressionen gegenüber der Zivilgesellschaft.

2.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Die ersten bestätigten Fälle von COVID-19 wurden in Ägypten am 14.02.2020 gemeldet. Seither sind ca. 270 Tsd. Infektionen und ca. 15 Tsd. Todesfälle im Zusammenhang mit der Erkrankung zu verzeichnen. Im Februar 2021 ist die zweite Corona-Welle in Ägypten abgeebbt. Seit März 2021 wurden jedoch wieder steigende Fallzahlen beobachtet und nicht zuletzt aufgrund des Fastenmonats Ramadan (13. April bis 12. Mai 2021) hat Ägypten eine dritte Corona-Welle zu bewältigen (siehe Abbildung 14) (Vereinte Nationen, 2020; Johns Hopkins Universität, 2021b).

Das ägyptische Impfprogramm hat im Februar 2021 mit anfänglicher Verfügbarkeit von 850 Tsd. Impfdosen begonnen. Eine Lieferung weiterer 8,6 Mio. Dosen wurde für das Frühjahr 2021 anberaumt. 2,8 Mio. Impfdosen wurden bisher verabreicht. Für 0,36 Prozent der Bevölkerung (Stand 7.6.2021) besteht voller Impfschutz (Johns Hopkins Universität, 2021b; Germany Trade and Invest, 2021a).

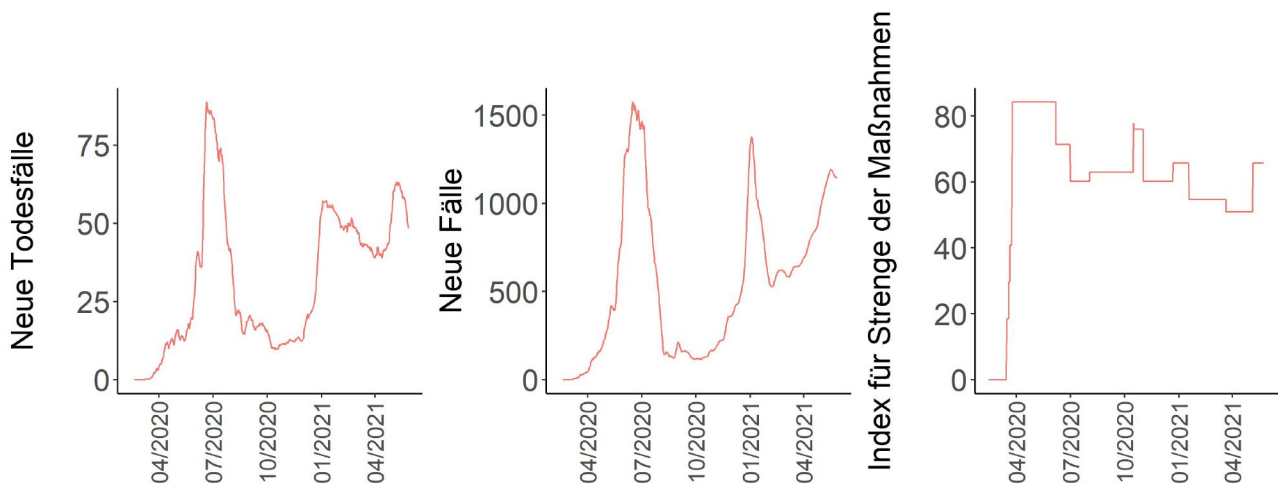


Abbildung 14: COVID-19 Fallzahlen und Resriktionen 2020-2021 (Our World in Data, 2021).

Die noch im März und April 2020 sehr strengen Einschränkungen wurden in der Folgezeit schrittweise gelockert, bis am 27.6.2020 auch die nächtliche Ausgangssperre ausgesetzt wurde. Die ägyptische Regierung hielt seitdem an ihrer Strategie der „Koexistenz mit Corona“ fest. Handel, Industrie und das öffentliche Leben unterlagen nur wenigen Einschränkungen. Als Reaktion auf die dritte Welle wurden am 6.5.2021 jedoch neue Restriktionen für Einzelhandel und Gastronomie beschlossen, welche sich mit hoher Sicherheit weiterhin negativ auf Einnahmen aus dem Tourismus auswirken werden (Germany Trade and Invest, 2021a, 2021b).

Die Pandemie sorgte nach einem Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 von ca. 5,6 Prozent für einen Rückgang auf 3,6 Prozent 2020. Prognosen von ca. 3 Prozent für 2021 bestätigen diesen rückläufigen Trend. Zur Abmilderung der Folgen setzt die Regierung auf Steuerhilfen und vergünstigte Kredite. Zudem wurde Ägypten im Juni 2020 von Seiten des Internationalen Währungsfonds ein Notfallkredit zur Überbrückung der Corona-Krise über 5,2 Mrd. USD gewährt (Germany Trade and Invest, 2021a, 2021b; IWF, 2020).

2.3 Zukunftsszenarien

Optimalfall: „Innere Stabilisierung und Verringerung externer Abhängigkeiten“

Ägypten beendet seine militärische Unterstützung in Libyen und beschränkt sich auf seine Vermittlerrolle. Die Gewalt auf der Sinai-Halbinsel kann zeitnah beendet und die Sicherheit wiederhergestellt werden, da 2021 bereits ein rückläufiger Trend an Konfliktereignissen innerhalb Ägyptens zu beobachten war. Zudem ist auch der Nachbarstaat Israel aufgrund der Grenze Ägyptens zum Gazastreifen an einer Befriedung des Gebiets interessiert und wird vor dem Hintergrund des aktuellen palästinensisch-israelischen Konflikts das militärische Engagement Ägyptens auf der Halbinsel weiter unterstützen. Die Corona-Pandemie weitet sich nicht weiter aus und Impfungen kommen zügiger voran als erwartet. Sicherheit auf dem Sinai und geringe Corona-Inzidenzen verbessern die Devisenversorgung des Landes und die wirtschaftliche Abhängigkeit hinsichtlich des zunehmenden chinesischen Einflusses verringert sich etwas. Der GERT-Konflikt wird diplomatisch gelöst, da Sudan aufgrund von Grenzstreitigkeiten mit Ägypten nur schwer von einem militärischen

Vorgehen zu überzeugen ist. Gewaltsame Unruhen in Äthiopien in der Region Tigray und in der Grenzregion zu Sudan schwächen die äthiopische Verhandlungsposition und tragen zu einer diplomatischen Lösung des Konflikts bei.

Wahrscheinlichster Fall: „Beruhigung im Inneren und Behauptung Chinas“

Ägypten wird weiterhin die Libysche Nationale Armee (LNA) unterstützen, wird diese Aktivitäten jedoch nicht in Form direkter militärischer Präsenz umsetzen, da die Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung auf der Sinai-Halbinsel weiterhin Ressourcen in Anspruch nimmt. Die Sicherheitslage auf der Sinai-Halbinsel wird sich weiter langsam verbessern. Ein hohes Anschlagrisiko im Norden der Halbinsel wird jedoch weiter bestehen. Touristische Einrichtungen im Süden der Halbinsel werden weiter ein potentielles Ziel terroristischer Angriffe bleiben. Auch religiöse Minderheiten, vor allem koptische Christen, sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Eine Verschärfung der Corona-Pandemie in Ägypten tritt ein. Ein schneller Fortschritt bei der Durchimpfung der Bevölkerung findet nicht statt. Dies ist mit weiteren negativen Folgen für die ägyptische Volkswirtschaft verbunden. Rückläufige Einnahmen aus dem Tourismus (nicht zuletzt durch die unsichere Lage auf der Sinai-Halbinsel), werden die chronische Devisenknappheit verschärfen und das Land weiter für chinesischen Einfluss öffnen. Ägypten pflegt zwar weitere zwischenstaatliche Beziehungen, auch durch die Vergabe von Mega-Projekten, die stark ansteigende Investitionstätigkeit der Volksrepublik scheint in Ägypten jedoch politisch erwünscht, wie Großaufträge für chinesische Unternehmen und deren Investitionen in die neue Verwaltungshauptstadt östlich von Kairo verdeutlichen. Die Streitigkeiten um das GERT-Projekt werden diplomatisch beigelegt. Zum einen bestehen Grenzstreitigkeiten mit dem Sudan, welche zur Sicherung sudanesischer Unterstützung bei einem militärischen Vorgehen ausgeräumt werden müssten. Zum anderen zwingen sicherheitspolitische Herausforderungen beide Parteien an den Verhandlungstisch. Hierzu zählen Terror- und Aufstandsbekämpfung auf der Sinai-Halbinsel, das ägyptische Engagement in Libyen sowie zivile Unruhen in Äthiopien in der Region Tigray und in der Grenzregion zu Sudan.

Ungünstiger Fall: „Schwächung im Inneren und Abdriften nach Osten“

Der Waffenstillstand in Libyen wird nicht eingehalten und Ägypten entscheidet sich sein militärisches Engagement, möglicherweise auch durch den Einsatz von Bodentruppen, auszuweiten, um Khalifa Haftar zur Macht zu verhelfen. Gleichzeitig tritt eine Verschlechterung der Sicherheitslage auf der Sinai-Halbinsel ein und bindet einen beträchtlichen Teil des ägyptischen Militärs. Beides führt zu einer Überbeanspruchung der militärischen Kapazitäten Ägyptens. Weiter steigende Corona-Inzidenzen sowie ein langsames Impftempo haben weitere negative Auswirkungen auf die ägyptische Volkswirtschaft und die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Eine Verschärfung der Corona-Situation in Verbindung mit einer Verschlechterung der Sicherheitssituation auf der Sinai-Halbinsel bringt den Tourismus weitgehend zum Erliegen und erschwert den Zugang zu Devisen. Die wirtschaftliche Anfälligkeit für zunehmenden chinesischen Einfluss erhöht sich dadurch. Eine Überforderung der militärischen Kapazitäten führt in Verbindung mit einer Verschärfung der Corona-Lage in Ägypten zum einen zu einer Schwächung der Machtposition von al-Sisi, der durch das Militär gestützt wird, und zum anderen zu einer stärkeren Unzufriedenheit in der Bevölkerung bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Missstände. Dies führt zu einer vermehrten Anzahl an Protesten und Unruhen,

die sich gegen die Regierung richten. Der GERT-Konflikt wird diplomatisch gelöst, da der Sudan aufgrund von Grenzstreitigkeiten mit Ägypten schwer von einem militärischen Vorgehen zu überzeugen ist. Zivile Unruhen in Äthiopien in der Region Tigray und in der Grenzregion zu Sudan schwächen die äthiopische Verhandlungsposition und ermöglichen eine diplomatische Lösung des Konflikts.

3 Algerien

Die sicherheitspolitische Lage in Algerien ist seit Anfang 2019 vor allem durch Proteste und innenpolitische Machtspiele geprägt. Nach der Ankündigung des langjährigen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika, zu einer fünften Amtszeit antreten zu wollen, kam es in Algerien Anfang 2019 zu landesweiten Massenprotesten gegen das Regime (Abbildungen 15-16). Nach der Androhung durch ranghohe Generäle, Bouteflika für amtsunfähig zu erklären, trat dieser am 2. April 2019 von seinem Amt zurück. Nach einer vom Militär eingesetzten Übergangsregierung und aufgrund anhaltender Proteste mehrmals verschobener Wahlen wurde am 12. Dezember 2019 Abdelmadjid Tebboune als Nachfolger zum Präsidenten gewählt (International Crisis Group, 2020a). Seine Wahl zeugt allerdings eher von Kontinuität als von Erneuerung (Zaim, 2021) und wurde dementsprechend von der Protestbewegung boykottiert. Die Wahlbeteiligung betrug nach offiziellen Angaben nur 40 Prozent (Serrano, 2021). In Algerien finden keine freien und fairen Wahlen statt – das Land wird vom Militär und einer zivilen Elite kontrolliert (Freedom House, 2021c; Kilavuz, 2019). Die Protestbewegung („Hirak“ – dt. „Bewegung“) richtete sich zu Beginn vor allem gegen eine fünfte Amtszeit von Präsident Bouteflika und stellte zunächst keine weitergehenden Forderungen nach einem Umsturz der Regierung (Kilavuz, 2019; Zaim, 2021). Bouteflika, der zu Beginn seiner Amtszeit durchaus Rückhalt in der Bevölkerung genoss, war zum Zeitpunkt der Ankündigung bereits 81 Jahre alt und seit einem Schlaganfall 2013 kaum noch in der Öffentlichkeit aufgetreten (Ghanem, 2021). Aufgrund dessen offensichtlicher Unfähigkeit zur Regierungsführung wurde die erneute Kandidatur augenscheinlich als Affront empfunden.

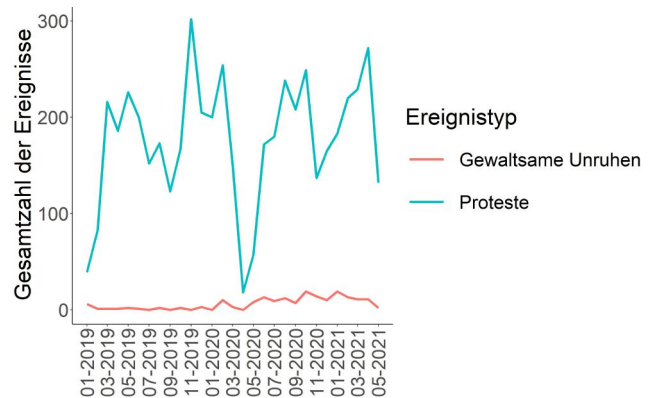


Abbildung 15: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Proteste und gewaltsame Unruhen (Raleigh et al., 2010).

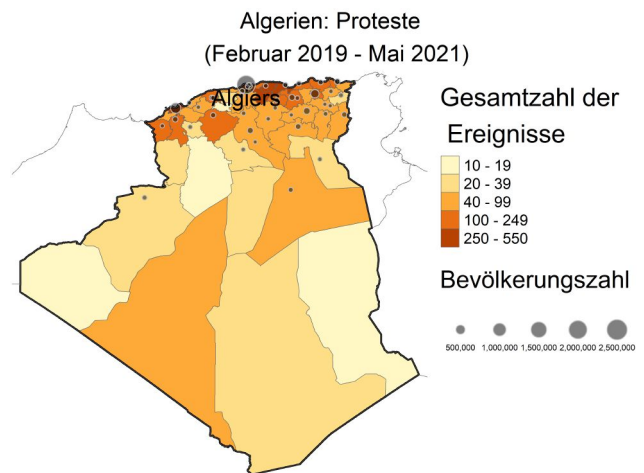


Abbildung 16: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Geografische Verteilung von Protesten (Raleigh et al., 2010).

Die Protestbewegung ist überwiegend friedlich und genießt breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Teilnehmer kommen aus allen Teilen des Landes sowie allen Bevölkerungs- und Altersschichten. Proteste finden seit 2019 regelmäßig in allen größeren Städten des Landes statt (Abbildung 16) (International Crisis Group, 2020a). Nach dem Rücktritt von Präsident Bouteflika wandelten sich die Forderungen der Protestbewegung hin zu echten Reformen des politischen Systems und zum Wandel des Regimes (Zaim, 2021). Das algerische

Regime reagierte auf die Proteste mit einer Mischung aus gezielten Repressionen und Scheinreformen. Nach anfänglichen Repressionen übten die Sicherheitskräfte schnell relative Zurückhaltung. Präsident Tebboune verfolgte nach seiner Wahl zunächst eine Appeasement-Strategie, welche die Freilassung einiger inhaftierter Meinungsführer und eine Verfassungsreform im November 2020 beinhaltete.

Im Frühling 2020 führte die Corona-Pandemie und damit verbundene Restriktionen dazu, dass Proteste in der Öffentlichkeit abebbten und sich in das Internet und auf Balkone verlagerte. Gleichzeitig nutzte das Regime die Gelegenheit, die Meinungsfreiheit weiter einzuschränken und die Verfolgung von Regimegegnern, etwa auf Basis von Äußerungen in den sozialen Medien, auszuweiten (International Crisis Group, 2020a; Osman, 2021). Seit dem zweijährigen Jubiläum der Proteste im Februar 2021 finden, auch durch das Abebben der Pandemie bedingt, wieder regelmäßig Straßenproteste in einem unverändert repressiven Klima statt.

3.1 Schlüsselfaktoren

Militär & Regime

Das Militär hat historisch schon längere Zeit eine dominante Rolle in der algerischen Politik inne und auch in der Vergangenheit immer wieder in die Regierung eingegriffen (Boubekeur, 2020). Es genießt weitgehende Privilegien und Freiheiten, wie die Kontrolle über das eigene Budget, und versteht sich selbst als Hüter Algeriens (Ghanem, 2021). Das Verhältnis zwischen zivilen Politikern und Militärs ist daher von zentraler Bedeutung für das algerische Machtgefüge. Der Präsident ist de facto auf die Unterstützung des Militärs angewiesen und wird nur mit dessen Billigung gewählt (Serrano, 2021). Trotz verschiedener konkurrierender Lager ist das Militär bestrebt, nach außen mit vereinter Stimme zu sprechen (Boubekeur, 2020).

Im Gegensatz dazu sind politische Institutionen nur schwach ausgeprägt. Justiz und Legislative stehen unter dem Einfluss der Exekutive, die durch Patronagenetzwerke, Klientelismus, Kooption und Repression ihren Willen durchsetzt (Boubekeur, 2020). Einnahmen aus dem Export von Öl und Gas durch den Staatskonzern Sonatrach stellen die finanzielle Grundlage dafür dar (Entelis, 2011). Auch das Militär ist in diese Patronagenetzwerke eingebunden. Führende Militärs haben dabei über die Jahre ihren politischen Einfluss dafür genutzt, Wirtschaftsimperien aufzubauen und private Vermögen anzuhäufen (Ghanem, 2021). Nach der Absetzung von Bouteflika nutzte das Militär außerdem die Gelegenheit dazu, Vertraute des Präsidenten zu entmachten und die Zuständigkeit für den Geheimdienst von der Präsidentschaft hin zum Militär zu verschieben und so dessen Macht weiter zu konsolidieren.

Der Ausbruch der Proteste im Jahr 2019 hat nicht nur die Nachteile dieses Systems deutlich gemacht, sondern auch die Machtbalance innerhalb des Regimes erschüttert. Mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister und Stabschef des Heers Gaïd Salah, der sowohl den Rücktritt Bouteflikas als auch die Wahl seines Nachfolgers Tebboune orchestrierte (Serrano, 2021), verstarb Ende 2019 zudem eine führende Figur des Regimes. Meinungsverschiedenheiten und Partikularinteressen beeinträchtigen zunehmend die Handlungsfähigkeit des Regimes. So war bereits das Antreten Bouteflikas für eine weitere Amtszeit und die daraus

resultierenden Proteste Ausdruck der Unfähigkeit konkurrierender Fraktionen innerhalb des Regimes, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Nachfolge Bouteflikas zu einigen (Boubekeur, 2020; Kilavuz, 2019). Mit den darauffolgenden Umstürzen und der im Vergleich zu Bouteflika schwächeren Position von Präsident Tebboune im Regime (Boubekeur, 2020), ist es wahrscheinlich, dass sich dieses Problem weiter verstärkt hat.

Durch den erneuten Antritt Bouteflikas und die darauffolgenden Entwicklungen hat die de facto Kontrolle durch das Militär vermehrt die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen. Die Forderung der Protestbewegung nach echten politischen Reformen und der Absetzung alter Eliten spiegelt die zunehmende Frustration über die korrupten Strukturen des Regimes wider. Auch die traditionell niedrigen Wahlbeteiligungen in Algerien, nach offiziellen Angaben etwa 40 Prozent bei der Wahl Tebbounes und lediglich 24 Prozent bei der Verfassungsreform im November 2020, zeugen von der mangelnden Legitimität, die das Regime in der Bevölkerung genießt (Marwane, 2021). Ohne tiefgreifende Veränderungen scheint es kaum denkbar, dass sich die Lage in näherer Zukunft ändert.

„Rentier State“ und ökonomische Lage

Der Legitimitätsverlust des algerischen Regimes ist nicht zuletzt der sich verändernden wirtschaftlichen Lage geschuldet. Algerien ist ein sogenannter „rentier state“, der sich zu einem großen Teil aus dem Export von Erdöl und Erdgas finanziert – etwa 60 Prozent des algerischen Staatshaushalts werden aus dieser Quelle finanziert (Ghebouli, 2021; Reuters, 2021a). Dies hat es dem algerischen Regime in der Vergangenheit ermöglicht, durch verhältnismäßig großzügige Sozialausgaben sowie Subventionen von Gütern und Lebensmitteln sozialen Frieden zu „erkaufen“. Dies wird beispielsweise als ein wichtiger Grund dafür gesehen, dass das Regime den Arabischen Frühling 2011 unbeschadet und ohne größere Unruhen überstanden hat (Khan & Mezran, 2014; Osman, 2021).

Durch eine jahrelange Vernachlässigung anderer Wirtschaftszweige und den Einbruch des Ölpreises 2014 im Anschluss an einem 20-jährigen Aufwärtstrend, war dieses System in den letzten Jahren nicht mehr nachhaltig (Abouzzohour & Mimoune, 2020; Porter, 2021). Ein steigendes Staatsdefizit und abnehmende Devisenreserven sind Anzeichen dafür, dass der „rentier state“ mittelfristig nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Bei gleichbleibenden Staatsausgaben ist der Preis für Öl und Gas schlicht zu niedrig, um den Finanzbedarf durch Exporte decken zu können (IWF, 2021).

Wirtschaftliche Reformen und die Schaffung alternativer Einkommensquellen sind daher dringend erforderlich, was inzwischen auch von der Regierung erkannt wurde (Ghanem & Benaidji, 2020), (Rome MED 2021, 2021; Serrano, 2021). Allerdings ist fraglich, ob das Regime angesichts seiner internen Konflikte und dadurch eingeschränkten Handlungsfähigkeit in der Lage ist entsprechende Reformen (mitsamt deren Auswirkungen auf bestehende Patronagenetzwerke) durchzusetzen.

Protestbewegung „Hirak“

Die anhaltenden Proteste gegen den Status quo sind damit nicht nur ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit korrupten Eliten und fehlender Mitspracherechte, sondern auch ein Ausdruck des langsamen Versagens bisher erfolgreicher „rentier state“-Mechanismen. Im Gegensatz zu früheren Protesten richteten sie sich explizit auch gegen die Kontrolle des Militärs über den Staat und die staatliche Wirtschaft (Boubekeur, 2020).

Dabei vereinigt Hirak auch nach mehr als zwei Jahren immer noch breite Teile der Bevölkerung hinter sich und ist damit ein Sammelbecken für viele verschiedene Forderungen und Interessen. Trotz Anzeichen möglicher Spaltungen (Baala, 2020; Ghebouli, 2021; Marwane, 2021) hat dies bislang nicht zu einer Aufteilung der Bewegung geführt. Ermöglicht wurde dies unter anderem durch das Fehlen von erkennbaren Strukturen und Hierarchien (Rachidi, 2021), was auch Meinungsführer immer wieder betonen. Anstelle von gezielter Koordination steht die dezentrale Organisation von Protesten über soziale Medien (Ghanem, 2020). Allerdings hat dies auch zur Folge, dass sowohl detailliertere Forderungen sowie einheitliche Pläne zu deren Umsetzung als auch Ansprech- und Verhandlungspartner für die Regierung nicht existieren (Ghanem, 2020). Die Gründe für die Aufrechterhaltung und Popularität der Protestbewegung seit mehr als zwei Jahren sind daher auch ein Grund dafür, dass sich die Erfolge von Hirak bislang vor allem auf die Absetzung von Präsident Bouteflika beschränken (Ghebouli, 2021).

Ein weiterer Grund für diese relative Erfolglosigkeit findet sich in der gezielten Reaktion des algerischen Regimes und der Sicherheitskräfte auf die Proteste. Nach anfänglicher Repression übten die Sicherheitskräfte schnell relative Zurückhaltung und überließen den Protestierenden die Straßen. Anstelle von breiten repressiven Maßnahmen gegen die Massen traten die gezielte Verfolgung von Kritikern und Journalisten (Amnesty International, 2021b, 2021c; Ghanem, 2020) bei gleichzeitiger Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Proteste und Kritik am Regime. Im Gegensatz dazu hätte willkürliche Gewalt gegen Protestierende einen starke Mobilisierungsgrund für die Protestbewegung bedeutet (Ghanem, 2020). Durch die Zurückhaltung gelang es dem Regime, gemeinsam mit der Corona-bedingten Protestpause, eine weitere Eskalation zu verhindern und die Proteste weitestgehend in Schach zu halten. Seit dem Wiederaufflammen von Protesten nach einem Jahr Pandemie im Februar 2021 scheint das Regime allerdings wieder verstärkt gegen Protestierende auf den Straßen vorzugehen (Amnesty International, 2021c).

Wahlen

Kurz nach Wiederaufflammen der Proteste kündigte Präsident Tebboune als Teil der versprochenen Reformen vorzeitige parlamentarische Wahlen an, die am 12. Juni 2021 stattfanden. Wie bereits zu den Präsidentschaftswahlen und der Abstimmung zur Verfassungsreform boykottierten die Protestbewegung und Teile der politischen Opposition in Algerien die Wahl (Abderrahmane, 2021). Nach vorläufigen Ergebnissen lag die Wahlbeteiligung daraufhin bei nur rund 23 Prozent (davon fast ein Fünftel ungültige Stimmen). Die Regierungspartei FNL und die traditionelle verbündete RND verloren zusammen fast 100 der 407 Sitze des Parlaments und büßten die absolute Mehrheit ein (RFI, 2021). Trotz Debatten im Vorfeld der Wahl, den Gang durch die Institutionen anzutreten, herrscht in der Protestbewegung weitestgehend

Einigkeit darüber, dass weitergehende strukturelle Reformen des politischen Systems notwendig sind und auch die Wahl eigener Kandidaten nicht dazu beitragen würde, den Status Quo zu ändern. Unabhängige Kandidaten errangen bei den Wahlen dennoch insgesamt 78 Sitze (RFI, 2021), wobei die tatsächliche Unabhängigkeit vieler dieser Kandidaten zumindest angezweifelt werden kann. Beobachter sahen die Aufstellung unabhängiger Listen auch als einen Versuch etablierter Kräfte, die Anti-Regime-Ressentiments der Bevölkerung auszunutzen (al Haj, 2021). Spekulationen im Vorfeld der Wahl hinsichtlich eines möglichen Aufstiegs islamischer Parteien angesichts der Unbeliebtheit der Regierung (Abderrahmane, 2021; al Haj, 2021) bewahrheiteten sich nur im Ansatz. Die islamische MSP wurde zwar zweitstärkste Kraft, allerdings mit nur 16 Prozent der Sitze (RFI, 2021). Ungeachtet der Stimmverluste der Regierungsparteien wird eine mehrheitliche Unterstützung von Präsident Tebboune Kurs durch das neue Parlament erwartet (Reuters, 2021b), eine echte Veränderung der Machtverhältnisse blieb damit aus. Das wichtigste Ergebnis der Wahlen ist daher deren Missachtung durch die Bevölkerung, was die Legitimitätskrise des aktuellen Regimes und des politischen Systems in Algerien erneut verdeutlicht.

3.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Die Corona-Pandemie traf Algerien während einer volatilen politischen Situation und hatte sowohl stabilisierende als auch destabilisierende Auswirkungen. Aus Sicht einer Protestbewegung, die auf der Mobilisierung von Menschenmassen basiert, kam die Pandemie und die damit einhergehenden Ausgangsbeschränkungen äußerst ungelegen. Nach anfänglicher Skepsis wurden die Maßnahmen auch von Protestierenden unterstützt und akzeptiert, unter anderem um es dem Regime nicht zu ermöglichen, die Proteste als Ausrede für eine schlechte Corona-Lage im Land zu nutzen (Sakthivel, 2020). Das darauffolgende Ausweichen der Proteste auf soziale Medien oder Balkone hatte allerdings eine deutliche Abschwächung der Protestbewegung zur Folge und diente so zumindest vorübergehend der Stabilisierung des Regimes. Auf der anderen Seite erkrankte Präsident Tebboune im Oktober 2020 selbst an Corona und wurde aufgrund eines schweren Verlaufs insgesamt 3 Monate in Deutschland behandelt, was Erinnerungen an den Gesundheitszustand Bouteflikas weckte und das Regime weiter destabilisierte (Serrano, 2021).

Die Corona-Pandemie hatte weiterhin schwere wirtschaftliche Auswirkungen für Algerien. Das Bruttoinlandsprodukt sank 2020 um 4,7 Prozent im Vergleich zu 2019 (African Development Bank, 2021). Der informelle Sektor, der für einen erheblichen Teil des Einkommens in der algerischen Bevölkerung verantwortlich ist (ca. 33 Prozent des BIP), kam durch die Ausgangsbeschränkungen zwischenzeitlich quasi zum Erliegen (Porter, 2021). Grenzsicherungen und weitere Pandemie-bedingte Störungen führten trotz Maßnahmen der Regierung zur Sicherstellung der Grundversorgung (International Crisis Group, 2020a) zu Preiserhöhungen und der teilweisen Knappheit mancher Nahrungsmittel (Porter, 2021). Die gesunkene Nachfrage nach Öl und der damit einhergehende massive Preisverfall, insbesondere zu Beginn der Pandemie, hatten aufgrund der hohen Abhängigkeit des „rentier state“ Algerien von Ölexporten - rund 30 Prozent des BIP (Weltbank, 2021d) - besonders gravierende Auswirkungen. 2020 sank das Einkommen aus dieser Quelle um rund ein Drittel und schränkte so die Fähigkeit der Regierung, auf die Pandemie und die politischen Unruhen wie gewohnt mit erhöhten Staatsausgaben zu reagieren, erheblich ein (Porter, 2021). Obwohl sich

die Nachfrage und der Ölpreis schneller stabilisierten als zunächst prognostiziert, hat dies mittelfristig die prekäre wirtschaftliche Lage Algeriens weiter verschärft.

3.3 Zukunftsszenarien

Optimalfall: „Wandel durch vereinte Kräfte“

Im optimistischen Szenario führen der anhaltende politische und wirtschaftliche Druck zu einem Umdenken bei führenden Militärs. Einzelnen Personen bzw. Gruppen innerhalb des Regimes gelingt es, genug Macht zu konsolidieren, um Reformen umzusetzen. Neben der Erschließung neuer Wirtschaftszweige kommt es zu Zugeständnissen an die Protestbewegung, das Militär stößt echte Veränderungen an und zieht sich zumindest teilweise aus den Staatsgeschäften zurück. Unabhängige Wahlen führen zu einer neuen Regierung, die Rückhalt in der Bevölkerung genießt. Eine teilweise Liberalisierung und ein gestärkter Rechtsstaat führen dazu, dass neue Wirtschaftszweige erschlossen werden. Einnahmen aus dem Ölexport und Investitionen aus dem Ausland tragen dazu bei, diese mit aufzubauen.

Der Protestbewegung gelingt es, die verschiedenen Interessen und Forderungen innerhalb der Bewegung zu konsolidieren und gemeinsame Forderungen und Pläne für den Übergang zu stellen. Durch weitere Proteste und konkretisierte Forderungen kann genug Druck aufgebaut werden, um mit der Regierung über Reformen zu verhandeln und sich auf einen gemeinsamen Reformfahrplan zu einigen. Zur Durchsetzung der Forderungen halten die Proteste zunächst noch einige Zeit weiter an und verstärken sich gegebenenfalls sogar, bis es zu einem gemeinsamen Reformfahrplan kommt. Sporadisch werden weiterhin Proteste ausbrechen, um den Druck aufrecht zu erhalten, etwa wenn Versprechen des Regimes nicht eingehalten werden. Nach einer Übergangszeit werden Präsident und Parlament neu gewählt.

Wahrscheinlichster Fall: „Status Quo und Scheinreformen“

Die wahrscheinlichste weitere Entwicklung in Algerien ist durch das Festhalten am Status Quo seitens des Regimes gezeichnet. Dies bedeutet ein Festhalten an der bisherigen Regierung sowie eine Fortsetzung von politischen Scheinreformen und oberflächlichen Zugeständnissen, während das Militär weiterhin die Kontrolle über das Land behält. Eine partielle Konsolidierung von Macht innerhalb des Regimes hält die Regierung zunächst handlungsfähig, während Meinungsverschiedenheiten und das Festhalten an individuellen Interessen die Durchsetzung echter Reformen, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, verhindern oder zumindest stark beeinträchtigen. Die wirtschaftliche Situation verbessert sich dennoch zunächst mit dem Abflachen der Pandemie und der wiederkehrenden Nachfrage nach Öl und Gas. Mittelfristig verzögern kleinere Reformen den wirtschaftlichen Zusammenbruch, sodass der Status Quo zunächst weitestgehend aufrechterhalten werden kann.

Der Regierung gelingt es angesichts der ausbleibenden Reformen nicht, ihre Legitimität in der Bevölkerung wiederherzustellen. Die Proteste halten daher zunächst an, nehmen allerdings angesichts von weiteren repressiven Maßnahmen des Regimes immer weiter ab und hören schließlich ganz auf. Eine Konsolidierung der Proteste bleibt aus Angst vor individueller Verfolgung der Anführer und aufgrund der diversen Interessen

innerhalb der Bewegung aus. Die Unzufriedenheit und damit das Potential für erneute Unruhen und Proteste in der Bevölkerung bleibt hoch, nach Ende der Hirak-Bewegung dauert es allerdings einige Jahre, bis sich erneut genügend Unmut aufgestaut hat, damit es zum erneuten Ausbruch von Protesten kommt.

Ungünstiger Fall: „Militärherrschaft, Korruption und Repression“

Im pessimistischen Szenario setzt das algerische Regime immer stärkere Repressionen ein, um den weiter anhaltenden Protesten zu begegnen. Die Meinungsfreiheit wird weiter eingeschränkt und Regimegegner entschlossen verfolgt. Es kommt zu Massenverhaftungen und Toten unter den Protestierenden. Der Ärger über die Maßnahmen des Regimes führt zu vermehrter Gewaltanwendung unter den bislang weitestgehend friedlichen Protestierenden. Einzelne radikale Gruppen bilden sich und beginnen das Regime gewaltsam zu bekämpfen.

Die politische und militärische Elite sieht die algerische Wirtschaft weiterhin hauptsächlich als eigene Einkommensquelle, Reformen zur langfristigen Umformung der Wirtschaft bleiben aus. Die schwindenden Einnahmen werden innerhalb der Elite verteilt, Sozialausgaben und Subventionen werden gekürzt, die wirtschaftliche Lage in der Bevölkerung spitzt sich somit zu.

4 Libyen

Seit inzwischen mehr als 10 Jahren ist Libyen praktisch ununterbrochen Schauplatz mehrerer bewaffneter Konflikte. Im Machtvakuum, das nach der Absetzung von Muammar al-Gaddafi entstanden ist, bildeten sich eine Vielzahl bewaffneter Gruppen und Milizen, die seither in verschiedenen Konstellationen um die Kontrolle über das Land kämpften und jeweils Teile des Landes kontrollierten. Die zwei größten Fraktionen im Machtkampf um die Kontrolle Libyens waren einerseits das Lager des „Government of National Accord“ (GNA), welches vor allem die alte Hauptstadt Tripolis kontrollierte und andererseits die „Libyan National Army“ (LNA, später Libyan Arab Armed Forces, LAAF), die mit ihren Verbündeten unter der Führung von Khalifa Haftar von Tobruk aus weite Teile Zentrallibyens und des Ostens kontrollierten (ISPI, 2021).

Der Konflikt in Libyen ist stark internationalisiert. Die LNA um General Haftar erhielt mehr oder weniger offen Unterstützung von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Frankreich. Die GNA hingegen wurde vor allem von der Türkei, Katar und Sudan unterstützt. Beide Konfliktparteien werden finanziell, durch militärische Expertise bzw. Trainings, die Bereitstellung von Drohnen und anderem militärischen Gerät sowie den Einsatz oder die Finanzierung von Truppen bzw. Söldnern (z.B. die notorische russische Wagner Group) unterstützt, wogegen auf beiden Seiten vor allem libysche Truppen weiterhin für Bodenkämpfe verantwortlich sind (Wehrey, 2020). Keine der beteiligten Seiten gibt zudem offiziell zu, von internationalen Truppen unterstützt zu werden (International Crisis Group, 2020c). Westliche Demokratien, wie die USA und europäische Staaten, erkannten die GNA als offizielle Regierung an, hielten sich aber abgesehen von dieser diplomatischen Unterstützung mit Ausnahme spezifischer Anti-Terror Operationen weitestgehend zurück und spielten dadurch kaum eine Rolle im libyschen Konflikt (Wehrey, 2020).

Am 23. Oktober 2020 unterzeichneten die Konfliktparteien um GNA und LNA nach einem Jahr Verhandlung mithilfe der Vereinten Nationen (VN) durch die UN Support Mission in Libya (UNSMIL) einen Waffenstillstand. Neben der sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen verpflichteten sich die Parteien zusätzlich zum Abzug aller internationalen Truppen aus Libyen und dem Einstellen internationaler Trainingsmissionen bis zur Gründung einer neuen Einheitsregierung. Weiterhin wurde der Rückzug von der Front zwischen den jeweiligen Gebieten und gemeinsame Patrouillen, der Anstoß von Demobilisierungsmaßnahmen und vertrauensbildende Maßnahmen beschlossen. Unter anderem aufgrund

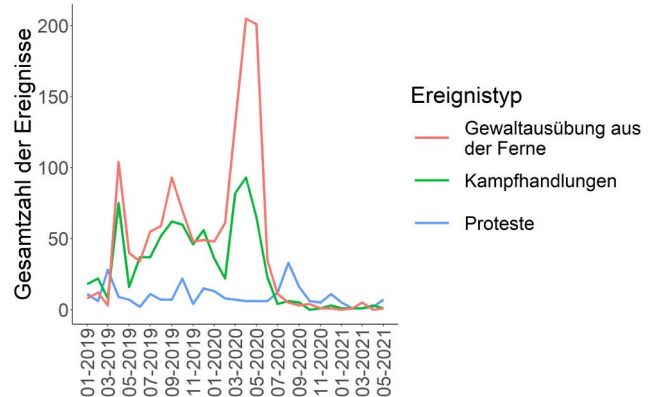


Abbildung 17: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Gewaltausübung aus der Ferne (z.B. IED-Anschlag, Artillerieangriff), Kampfhandlungen und Proteste (Raleigh et al., 2010).

ungenauer Formulierungen bestehen allerdings zahlreiche Unklarheiten, welche die beteiligten Parteien dazu nutzen, die Umsetzung der Maßnahmen zu unterwandern (International Crisis Group, 2020c). Der Waffen-

stillstand folgte auf den Versuch der LNA, Tripolis einzunehmen, was eine Eskalation der Kämpfe von April bis Juni 2020 zur Folge hatte (International Crisis Group, 2021; Wehrey, 2020) (Abbildungen 17-18).

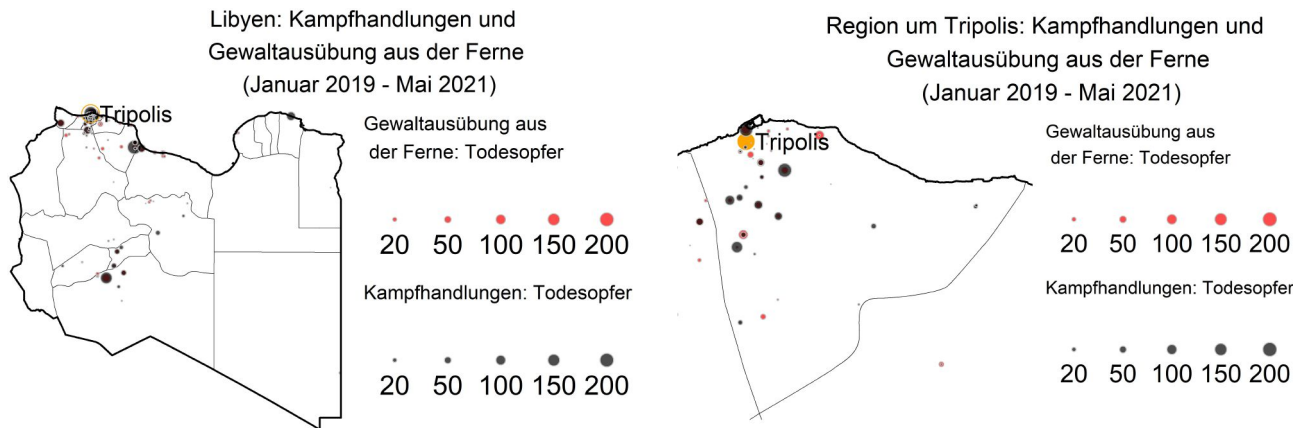


Abbildung 18: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Geografische Verteilung von Gewaltausübung aus der Ferne (z.B. IED-Anschlag, Artillerieangriff) und Kampfhandlungen (Raleigh et al., 2010).

Nach monatelangen Verhandlungen von Repräsentanten beider Parteien über die Zukunft des Landes wurden im Februar 2021 schließlich eine neue Gemeinschaftsregierung auf den Weg gebracht und zugleich Wahlen für Ende 2021 beschlossen. Nach einer Reihe von innenpolitischen Abstimmungen wurde das neue „Government of National Unity“(GNU) unter Führung des neuen Premierministers Abdulhamid Dabaiba am 10. März durch das Parlament bestätigt (International Crisis Group, 2021). Die Amtszeit dieser Übergangsregierung ist zunächst auf den Zeitraum bis zu den für 24. Dezember 2021 anberaumten Wahlen beschränkt (Lacher, 2021).

Wirtschaftlich ist Libyen zu großen Teilen von Ölexporten abhängig. Diese machen über 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus und decken mehr als 90 Prozent der staatlichen Einnahmen (Weltbank, 2021e). Die jahrelangen Konflikte haben die libysche Wirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen und führten zu einer drastischen Verschlechterung des Lebensstandards in der libyschen Bevölkerung (Mezran & Alunni, 2021). Zu geringe Investitionen in die Wirtschaft und Korruption führten in Kombination mit dem Bürgerkrieg zu Inflation und zur Verarmung großer Teile des Mittelstandes (Lacher, 2021). Nach Angaben der VN werden 2021 geschätzt 1,3 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfen angewiesen sein (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2020). 2020 gab es aufgrund des Konfliktes geschätzt 278 Tsd. Binnenflüchtlinge in Libyen (IOM Global Migration Data Analysis Centre, 2021).

4.1 Schlüsselfaktoren

Internationale Parteien

Das Engagement und die Interessen der internationalen Unterstützer der Konfliktparteien haben den libyschen Konflikt maßgeblich mitbestimmt. Die Bildung der neuen Einheitsregierung ist auch das Resultat einer neuen Machtbalance, die sich nach Ende von intensiven Kämpfen im Juni 2020 einstellte.

Trotz einer hochkarätigen Friedenskonferenz im Februar 2020 in Berlin, begannen Haftar und die LNA im April mit einer Offensive auf Tripolis in einem Versuch, den Konflikt militärisch zu gewinnen. Mit Unterstützung, vor allem durch die VAE, Ägypten und Russland, unter anderem in Form von Söldnern, Kriegsgerät, Drohnen, militärischer Expertise und einer Kampagne in den sozialen Medien, konnte Haftar zunächst Erfolge erzielen. Dies provozierte eine deutliche Verstärkung des Türkischen Engagements aufseiten der GNA, welcher es daraufhin gelang, den Vorstoß der LNA zurückzudrängen und zu zerschlagen (Wehrey, 2020).

Diese Episode illustriert, dass ein erfolgreicher Friedensprozess derzeit nur durch den Druck internationaler Unterstützer möglich ist. Die Ergebnisse der Friedenskonferenz hielten General Haftar nicht davon ab, nur wenige Monate später seine Offensive auf Tripolis zu starten, als er gemischte bis wohlwollende Signale seiner internationalen Unterstützer erhielt (oder zumindest davon überzeugt war) (Ciulla, Megerisi, Varvelli & Wildangel, 2020; Wehrey, 2020). Gleichzeitig war auch die darauffolgende militärische Pattsituation vor allem das Resultat von verändertem bzw. verstärktem internationalen Engagement, in Verletzung der Beschlüsse von Berlin. Einerseits hielt die Türkei nach einer massiven Aufstockung ihrer Unterstützung während des Kampfes um Tripolis die GNA davon ab, weiter in LNA-Territorium vorzustoßen und so möglicherweise weitere internationale Unterstützung für die LNA zu provozieren, andererseits zogen sich die VAE aufseiten der LNA langsam aus dem Land zurück, allerdings nicht ohne weiter die russische Wagner Group zu finanzieren (International Crisis Group, 2021).

Die Pattsituation wiederum bildete die Grundlage für den jetzigen Waffenstillstand. Nachdem Haftar und seine internationalen Unterstützer den Friedensprozess in Glauben an die Möglichkeit eines militärischen Sieges zunächst blockierten (Megerisi, 2020), war der erwartete Nutzen einer weiteren militärischen Auseinandersetzung für die libyschen Konfliktparteien durch das verschobene Machtgefüge und internationalen Druck gering genug, um am Friedensprozess teilzunehmen (International Crisis Group, 2021; Lacher, 2021).

Das internationale Engagement in Libyen hat ideologische, wirtschaftliche und (geo-)politische Gründe. Aus ideologischer Sicht hat die Unterstützung der LNA durch die VAE, Saudi-Arabien und Ägypten das Ziel, eine Regierung unter der Muslimbruderschaft und verwandter Gruppen in Libyen zu verhindern, die als Minderheit an der GNA beteiligt sind. Die Türkei auf der anderen Seite unterstützt explizit eine pluralistische Regierung unter Beteiligung derartiger Gruppen (International Crisis Group, 2020b; Wehrey, 2020). Dies spiegelt auch die schlechten türkisch-ägyptischen Beziehungen seit dem Coup des ägyptischen Militärs gegen die ägyptische Regierung der Muslimbruderschaft unter Präsident Mursi 2013 wider (International Crisis Group, 2021). Neben den Unstimmigkeiten zwischen der Türkei und Ägypten wurde auch der Konflikt zwischen Katar und der restlichen arabischen Halbinsel in Libyen (Knipp & Mellouk, 2020) mit ausgetragen, weshalb Katar ebenfalls die GNA unterstützte (International Crisis Group, 2021). Aus wirtschaftlicher Sicht spielt vor allem der Streit um Ölvorkommen im Mittelmeer zwischen Türkei und Griechenland eine Rolle (Kouparanis, 2020; Schmidt, 2020). Im Gegenzug für die militärische Unterstützung sicherte sich die Türkei ein Abkommen mit Libyen, um ihren Anspruch auf Meeresgebiete zu stärken (International Crisis Group,

2020b; Megerisi, 2020). Weiterhin erhofft sie sich dadurch verbesserte zukünftige Wirtschaftsbeziehungen (International Crisis Group, 2020b). Aus geostrategischer Perspektive versucht die Türkei durch ihre Beteiligung am Libyen-Konflikt ihren Einflussbereich im Mittelmeerraum zu erweitern (International Crisis Group, 2020b), während Russland den Konflikt als Gelegenheit zur weiteren Destabilisierung Europas sieht. Dass Libyen zum Schauplatz internationaler Interessen wurde, liegt auch an den inkohärenten Strategien und der weitestgehenden Zurückhaltung Europas und der USA. Ausnahmen waren lediglich punktuelle militärische Operationen zur Bekämpfung des Islamischen Staates und die Unterstützung der libyschen „Küstenwache“ – de facto lokale Milizengruppen (Megerisi, 2021a; Uppsala Conflict Data Program, 2021; Wehrey, 2020).

Der Erfolg des aktuellen Friedensprozesses hängt damit maßgeblich von den geopolitischen Überlegungen und Schachzügen der beteiligten Länder ab. Trotz der mannigfaltigen Interessen und des erheblichen Einflusses internationaler Akteure sollte deren Engagement in Libyen allerdings nicht allein als internationaler Machtkampf auf dem Rücken Libyens gewertet werden. Stattdessen haben die verschiedenen libyschen Lager auch bewusst um die Unterstützung internationaler Partner geworben (Wehrey, 2020). Erschwerend kommt hinzu, dass das internationale Engagement in Libyen zwar weithin bekannt und offensichtlich ist, die jeweiligen Länder dies offiziell jedoch in der Regel bestreiten und diplomatisch die GNA weiterhin als legitime Regierung anerkennen (International Crisis Group, 2020b).

Friedensprozess

Trotz der erfolgreichen Etablierung einer Einheitsregierung und dem bisherigen Erfolg des Waffenstillstandes (Abbildung 19) steht der Friedensprozess in Libyen noch am Anfang – mit ungewissem Ausgang. Der Prozess findet auf drei parallelen Ebenen statt: dem Libyan Political Dialogue Forum (LPDF), dem Libyan Economic Dialogue und der Joint Military Commission. Von internationaler Seite wird der Prozess durch die Vereinten

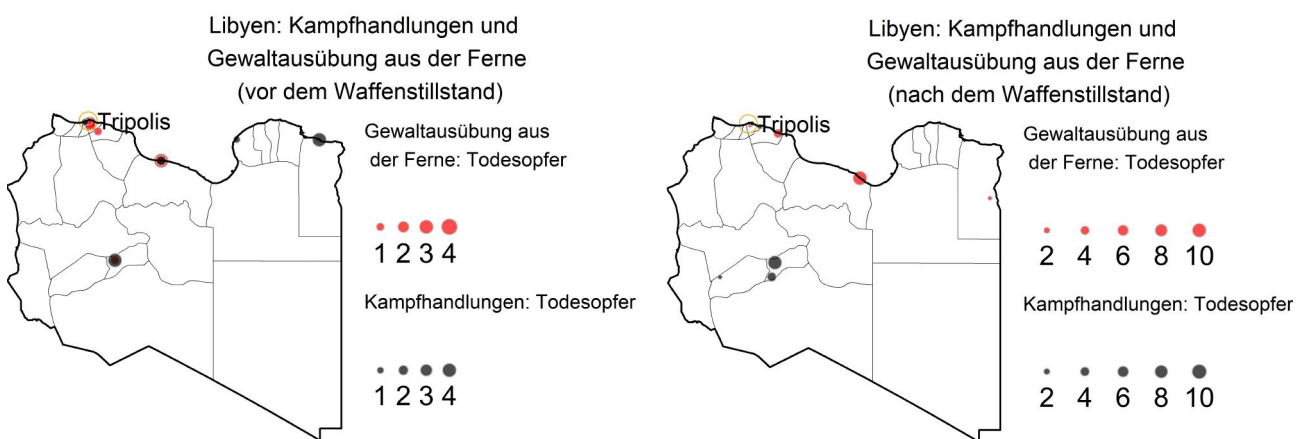


Abbildung 19: ACLED-Ereignisse 2020: Veränderung der Anzahl der Kampfhandlungen und Gewalt aus der Ferne 7 Monate vor und nach dem Waffenstillstand (Raleigh et al., 2010). (Der starke Anstieg von Kampfhandlungen in Bengasi geht auf nur 3 Datenpunkte zurück – in der Zeit vor dem Waffenstillstand wurden hier keine Kampfhandlungen beobachtet).

Nationen unterstützt. Am 23. Juni 2021 fand eine zweite Friedenskonferenz in Berlin statt, auf der die internationale Unterstützung für den Friedensprozess, die Einhaltung des Waffenstillstandes und der Abzug internationaler Kräfte erneut beteuert wurden (Auswärtiges Amt, 2021), obgleich keine neuen Schritte vereinbart wurden (Mcdowall & Pamuk, 2021). Trotz der Unterzeichnung aller relevanten Parteien bleibt angesichts der relativen Wirkungslosigkeit der Konferenz 2020 abzuwarten, ob die Beschlüsse diesmal auch tatsächlich umgesetzt werden. Dem aktuellen Fahrplan für den politischen Teil des Friedensprozesses zufolge soll die jetzt bestehende Regierung zunächst bis zu freien Wahlen am 24. Dezember 2021 im Amt bleiben. Dabei kann angezweifelt werden, ob die neue Regierung tatsächlich die Interessen der Bevölkerung vertritt und damit die notwendige Legitimität für eine Entwicklung hin zu einem stabilen Staat besitzt. Die Zusammensetzung der neuen Regierung ist das Resultat von Interessen und Forderungen verschiedenster Mitglieder des LPDF und der beiden (konkurrierenden) libyschen Parlamentariergruppen. Diese stehen allerdings unter dem Ruf, ihre eigenen Privilegien anstelle der Interessen Libyens in den Vordergrund zu stellen. Premier Dabeiba selbst sowie Familienmitglieder verfügen über beträchtliche Privatvermögen und stehen unter Korruptionsverdacht (Lacher, 2021). Entgegen den Beteuerungen von Premier Dabeiba, die Interessen aller Gruppen und Landesteile abbilden zu wollen (International Crisis Group, 2021), scheint es daher wahrscheinlich, dass Klientelpolitik und persönliche Bereicherung im Vordergrund der neuen Regierung stehen wird (Lacher, 2021).

Die politische und militärische Landschaft in Libyen ist stark zersplittert. Eine Vielzahl lokaler Warlords, Milizen und krimineller Kartelle kontrollieren eigene Gebiete und bestimmen deren politische Geschicke (Fasanotti, 2021), die Leistungsfähigkeit der Regierung hat seit 2011 stetig abgenommen (Abbildung 20). Es ist daher kaum überraschend, dass Patronagenetzwerke die libysche Politik bestimmen. Der Erfolg der neuen Einheitsregierung hängt daher auch von deren Fähigkeit ab, die Vielzahl konkurrierender Interessen auszugleichen und mit zu berücksichtigen (Megerisi, 2021b). Auch die verschiedenen militärischen Akteure auf beiden Seiten sind kaum in der neuen Regierung vertreten. Insgesamt besteht dadurch die Gefahr, dass weniger berücksichtigte oder leer ausgegangene Gruppen die neue Regierung nicht akzeptieren werden und stattdessen wieder Gewalt ausbricht (Lacher, 2021).

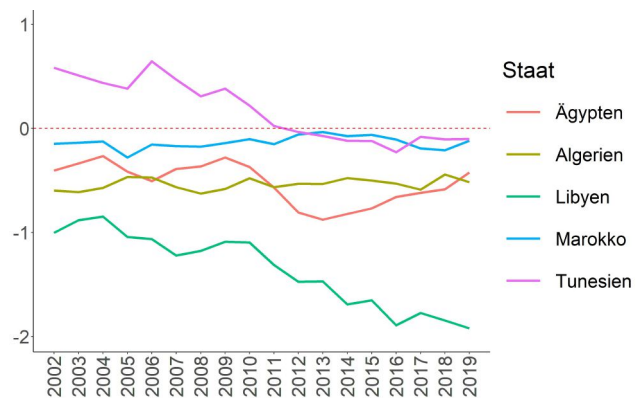


Abbildung 20: Worldwide Governance-Indikatoren 2002-2019: Leistungsfähigkeit der Regierung (Weltbank, 2021f).

Weiterhin ist fraglich, ob die frisch gewählten Kabinettsmitglieder bereit sein werden, ihre gerade erst gewonnene Macht nach den Wahlen 2021 gegebenenfalls auch wieder abzugeben. Dies würde den Friedensprozess wiederum stark gefährden, da die neue Regierung von einigen Konfliktakteuren nur aufgrund des limitierten Mandates akzeptiert wurde (Lacher, 2021). Allerdings sind die Modalitäten dieser Wahlen aktuell noch nicht geklärt. Im Raum steht beispielsweise, ob die Wahlen nur das Parlament oder auch das Staatsoberhaupt betreffen sollen, ob zunächst noch über eine neue Verfassung abgestimmt werden muss

und unter welchem rechtlichen Rahmenwerk die Wahlen stattfinden sollen. Damit ist es trotz internationaler Unterstützung für die Wahlen (Auswärtiges Amt, 2021) derzeit ungewiss, ob diese überhaupt zustande kommen werden (International Crisis Group, 2021).

Neben der mangelnden Einbindung militärischer Akteure in den politischen Prozess birgt vor allem die militärische Ebene des Friedensprozesses große Herausforderungen. Die Joint Military Commission ist derzeit vor allem damit befasst, die Details des Waffenstillstands und dazugehörige Monitoring-Mechanismen weiter auszuarbeiten. Die entsandten Offiziere haben allerdings nur eine schwache Position innerhalb der jeweiligen Lager, weshalb die Klärung weiterführender militärischer Fragen durch dieses Gremium derzeit unwahrscheinlich erscheint. Eine große Herausforderung wird die Vereinigung der Armeen beider Seiten darstellen. Dazu müsste einerseits die Befehlshoheit der neuen Regierung anerkannt werden, andererseits müssten bestehende Strukturen aufgelöst und neu geordnet werden, was vor allem im Fall von Haftars LNA als unwahrscheinlich erachtet wird (Lacher, 2021). Für die Schaffung eines nachhaltigen, längerfristigen Friedens wird vonseiten der Vereinten Nationen zudem die Notwendigkeit der Entwaffnung und Reintegration von Kämpfern sowie der Aufklärung und Rechenschaft für Kriegsverbrechen betont (United Nations Security Council, 2021).

Entgegen entsprechenden Provisionen im Waffenstillstandsabkommen haben sich auch internationale Truppen und Söldner weiter nicht aus Libyen zurückgezogen. Allerdings ist zumindest zweifelhaft, ob dies derzeit eine stabilisierende Wirkung auf den Konflikt hätte, da die internationalen Unterstützer als Sicherheitsgaranten für die Konfliktparteien fungieren (Lacher, 2021). Für die Schaffung eines nachhaltigen, längerfristigen Friedens wird vonseiten der internationalen Gemeinschaft zudem die Notwendigkeit einer Reform des Sicherheitssektors inklusive der Entwaffnung und Reintegration von Kämpfern sowie der Aufklärung und Rechenschaft für Kriegsverbrechen betont (United Nations Security Council, 2021; Auswärtiges Amt, 2021).

4.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Die Corona-Pandemie traf in Libyen auf eine der intensivsten Phasen des Konfliktes. Das Ausmaß der Pandemie kann aufgrund der unklaren Datenlage inmitten eines Konfliktes nur geschätzt werden. Nach offiziellen Angaben sind aktuell etwa 188 Tsd. Menschen an Corona erkrankt und etwa 3 Tsd. Menschen an den Folgen verstorben (Dong, Du & Gardner, 2020). Schätzungen zufolge könnten sich allerdings bis zu 20 Prozent der Bevölkerung bereits bis November 2020 infiziert haben (Bredan & Bakoush, 2021). Die Bekämpfung der Pandemie ging konfliktbedingt und aufgrund der zersplitterten Governance-Strukturen nur sehr schleppend voran (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2020).

Der starke Einbruch von Erdölnachfrage und -preis hat die libysche Wirtschaft in Kombination mit der intensivsten Phase des Konfliktes in den letzten Jahren (siehe Abbildung 18) hart getroffen. Das BIP ging 2020 um 31,3 Prozent zurück, die Staatseinnahmen betragen nur noch 40 Prozent des Vorjahres. Regierungsausgaben gingen dementsprechend ebenfalls um 20 Prozent zurück (Weltbank, 2021e). Für die

Bevölkerung bedeutete die Pandemie ebenfalls erhebliche wirtschaftliche Belastungen. Ausgangsbeschränkungen (Giampaolo, 2020) führten zu einer durchschnittlich 20-prozentigen Preiserhöhung von Grundnahrungsmitteln und essenziellen Gütern. Teilweise führte die Pandemie durch die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten auch zur Knappheit einzelner Lebensmittel. Besonders vulnerable Gruppen, wie Tagelöhner und Migranten, waren besonders von der Pandemie betroffen, die Arbeitslosigkeit stieg teilweise auf das Dreifache (International Committee of the Red Cross, 2020; United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2020). Trotz dieser Belastungen spielte die Corona-Pandemie in Bezug auf den Konfliktverlauf nur eine untergeordnete Rolle (Chuprygin, 2020).

4.3 Zukunftsszenarien

Optimalfall: „Chance auf Frieden durch internationale Unterstützung“

In einem optimistischen Szenario führt die Entspannung zwischen den verschiedenen internationalen Mächten dazu, dass die Interessenkonflikte in Libyen in den Hintergrund treten und auch von Ländern wie der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Ägypten der Fokus stärker auf einen nachhaltigen Friedensprozess gelegt wird. Interessenkonflikte zwischen EU und Türkei in Bezug auf die Ölförderung im Mittelmeer können fürs Erste beigelegt werden. Gemeinsam mit einem verstärkten Engagement Europas und der USA führt dies mittelfristig zur Ausweitung der bestehenden VN-Unterstützungsmission zu einem robusten Peacekeeping-Einsatz, gegen den Russland aufgrund politische Zugeständnisse kein Veto einlegt.

Durch den internationalen Druck und die Unterstützung macht der Friedensprozess stockende Fortschritte. Die Vereinigung der konkurrierenden militärischen Kräfte bleibt eine Herausforderung, mithilfe internationaler Garantien können aber erste Schritte hin zur Neustrukturierung und Entwaffnung des Landes beschlossen werden. Wahlen im Dezember finden verhältnismäßig frei statt, die bestehende Regierung wird dabei aber dennoch weitestgehend im Amt bestätigt. Durch die verstärkte internationale Unterstützung beim Wiederaufbau geht die Korruption leicht zurück, Patronagenetzwerke bleiben allerdings weiter von entscheidender Bedeutung. Durch Unzufriedenheiten und die Ausgrenzung von Akteuren kommt es immer wieder zu Gewaltausbrüchen. Diese reichen allerdings nicht aus, um den Konflikt wieder aufflammen zu lassen.

Wahrscheinlichster Fall: „Interessenskonflikte verhindern nachhaltigen Frieden“

Im wahrscheinlichen Szenario für die Zukunft Libyens bleibt wenig Grund für Optimismus auf eine dauerhafte Beendigung des Konfliktes. Auf absehbare Zeit werden weiterhin internationale Kräfte in Libyen präsent sein, einerseits um ihre eigenen Interessen durchzusetzen und andererseits als Sicherheitsgaranten für die jeweiligen Fraktionen, blockieren werden sie den Friedensprozess jedoch nicht direkt. Das Engagement der Europäischen Union und der USA steigt durch den angestoßenen Friedensprozess zunächst, etwa zur Unterstützung der Wahlen im Dezember, die militärische Ebene wird davon allerdings weiter unberührt und der tatsächliche Einfluss gering bleiben. Die Entspannung der Beziehungen zwischen Türkei und Ägypten sowie das Ende der Katar-Krise bewirken eine teilweise Entschärfung der Rivalitäten.

Durch die internationale Unterstützung finden Wahlen im Dezember statt, diese werden von der aktuellen Regierung allerdings zur Legitimierung für eine „echte“ Amtszeit genutzt. Die Regierungsmitglieder nutzen ihre Machtposition zur persönlichen Bereicherung und Sicherung Ihrer Position durch den Ausbau von Patronagenetzwerken. Durch die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen und das Festhalten an der Macht kommt es zu Unruhen und Gewalt. Bereits zuvor kam es immer wieder zu vereinzelt Gewaltausbrüchen, weil die Regierung nicht alle relevanten Akteure einbinden konnte oder wollte und konkurrierende Interessen nicht berücksichtigte. In der Zwischenzeit stagniert der Friedensprozess, vor allem auf militärischer Ebene bleibt die Spaltung in zwei Lager bestehen, Ansätze zur Vereinigung werden nicht verfolgt. Die Wahrscheinlichkeit für einen Wiederausbruch des Konflikts bleibt daher hoch.

Ungünstiger Fall: „Libyscher Friedensprozess: Zum Scheitern verurteilt“

In einem pessimistischen Szenario führt die weiter andauernde internationale Präsenz in Libyen zur Blockade des Friedensprozesses. Die Interessen der internationalen Unterstützer führen dazu, dass keine Fortschritte in der Vereinigung des Landes mehr erzielt werden können. Die neu geschaffene Regierung wird von den bewaffneten Gruppen zunehmend ignoriert, es entstehen erneut Parallelstrukturen. Die internationale Unterstützung des Friedensprozesses durch die VN, EU und USA bleibt angesichts dieser Entwicklung wirkungslos.

Die Verhandlungen über Neuwahlen bleiben ergebnislos, beide Seiten können sich nicht auf ein rechtliches und organisatorisches Rahmenwerk einigen. Die Wahlen werden offiziell verschoben, die bestehende Regierung bleibt in ihrer jetzigen Form weiter im Amt und nutzt Ihre (beschränkte) Machtposition zur persönlichen Bereicherung. Das Land spaltet sich erneut in mehrere Fraktionen. Schon bald kommt es aufgrund des Klientelismus der Regierungsmitglieder zu Gewalt durch benachteiligte Fraktionen, die dazu führen, dass der Konflikt im Land erneut ausbricht.

5 Marokko

Als der damals 35-jährige Mohammed VI. im Jahr 1999 den Thron bestieg, litt die Bevölkerung in Marokko unter Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit. Diese dauern auch mehr als zwanzig Jahre später unverändert an. Marokko ist geprägt von wachsenden sozialen Gegensätzen, extrem ungleicher Einkommens- und Chancenverteilung sowie von einem politischen System, das Partizipation oder Kritik nur in Maßen zulässt. Einerseits ist Marokkos wirtschaftliche Entwicklung im Kontext der MENA-Region relativ stabil: „Marokko durchläuft einen tiefgreifenden Wandlungsprozess vom Agrar- zum Industrie- und Dienstleistungsland. Die ökonomischen Rahmenbedingungen und das Geschäftsklima haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert“ (BMZ, 2021a). Andererseits lebt ca. ein Viertel der Bevölkerung immer noch in Armut, die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen ist hoch und das Bildungssystem schwächelt, besonders auffällig ist das starke Entwicklungsgefälle zwischen der Stadt- und Landbevölkerung.

Die bevorstehenden Parlamentswahlen, die zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem sich Marokko von der COVID-19-Pandemie und deren sozioökonomischen Auswirkungen erholt, werden entscheidend sein (Hatim, 2020). Im Rahmen des Pandemiemanagements hat sich besonders die Monarchie als proaktiver Akteur in der Verwaltung der Gesundheitssicherheit positioniert und hat somit gewählte Parlamentarier in den Schatten gestellt (Laaroussi, 2020). Es bleibt abzuwarten, ob es nach diesen Wahlen erneut zu einem monatelangen politischen Stillstand kommt. Nach den Wahlen im Oktober 2016 konnte erst im März 2017 - unter Regierungschef Saadeddine El Othmani, Mitglied der konservativen islamischen Partei „Parti de la justice et du développement“ (PJD) - eine breite Koalition gebildet werden (siehe Abbildung 21). Auffallend ist hier, dass sich die mit Abstand zweitstärkste Kraft „Parti authenticité et modernité“ (PAM) mit 102 gewonnenen Sitzen in der Opposition befindet. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die PAM in ländlichen Gebieten dominiert, während die PJD in städtischen Gebieten sehr wählerstark ist (Freedom House, 2021a).

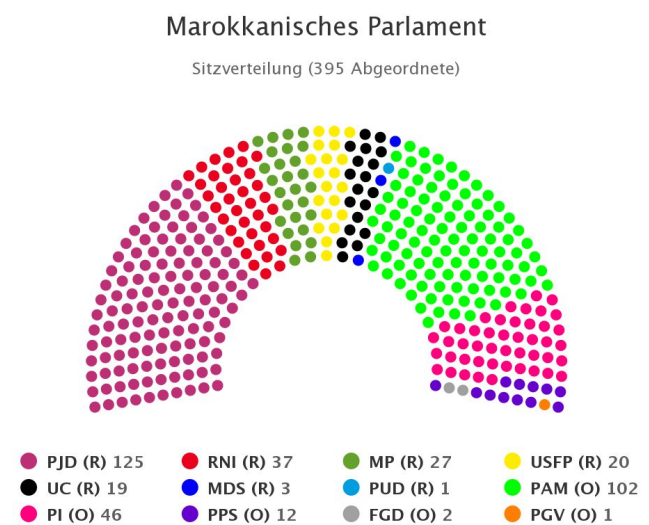


Abbildung 21: Sitzverteilung Parlament (Marokkanisches Parlament, 2021).

Innenpolitisch steht Marokko vor einem potenziell eskalierenden Konflikt in der Westsahara. Die Polisario-Front hat Ende des Jahres 2020 bekannt gegeben, dass sie den Waffenstillstand nicht mehr befolgen wird. Eine Eskalation dieses Konflikts könnte auch Rivalitäten mit dem Nachbarn Algerien wieder aufkommen lassen. Algerien unterstützt die Polisario-Front und beherbergt außerdem saharauische Migranten, die seit dem Westsahara-Krieg der Jahre 1975/1976 in Tindouf leben (UNHCR, 2018).

5.1 Schlüsselfaktoren

Im Folgenden werden drei Schlüsselfaktoren benannt, welche die zukünftigen (sicherheits-)politischen Entwicklungen in Marokko maßgeblich bestimmen werden: Die konstitutionelle Monarchie im Wahljahr 2021, der langanhaltende Westsahara-Konflikt und soziale Herausforderungen.

Die Konstitutionelle Monarchie im Wahljahr 2021

Marokkos politisches System ist seit Juni 2011 eine konstitutionelle Monarchie. Obwohl der Handlungsspielraum König Mohammeds VI. mit der Verfassungsänderung eingeschränkt wurde, hat er immer noch weitreichende Befugnisse. Darunter fällt unter anderem der Vorsitz des Ministerrats und die Ernennung des Premierministers. Marokkos dritte Parlamentswahl, seit Verabschiedung der neuen Verfassung, ist für den 8. September 2021 angesetzt (El Ouardighi, 2021). Darüber hinaus werden am selben Tag auch Kommunal- und Regionalwahlen stattfinden. Ziel ist es, so viele Wähler wie möglich zu mobilisieren. In den Wahlen wird über Positionen in den territorialen Räten (Regionen, Provinzen, Präfekturen, Gemeinden und Berufskammern) sowie über 395 Parlamentssitze abgestimmt. Vor allem die Parlamentswahlen sind von größter Bedeutung, sie werden nicht nur über die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses entscheiden, sondern auch über den zukünftigen Regierungschef (Hatim, 2020).

Nichtsdestoweniger wird das Parlament von der Zentralität der Monarchie überschattet. Besonders die mediale Berichterstattung verstärkt die Bedeutung und Dominanz der monarchischen Institution und minimiert damit das Gewicht und die Relevanz anderer politischer Akteure sowie der Vielzahl an Parteien. Ein ähnliches Bild offenbarte sich im Pandemiemanagement. Der Monarch hat mit seiner schnellen Krisenreaktion zwar erste Erfolge in der Pandemiebekämpfung erzielt, dies hat jedoch auch Rufe nach Rechenschaftspflicht, Transparenz und Demokratisierung neu belebt (Laaroussi, 2020).

Es wird sich zeigen, ob die bevorstehenden Wahlen das Ungleichgewicht zwischen der Monarchie und dem Parlament mindern werden. Eine demokratische Regierung ist relevant, da sie ein höheres Vertrauen der Bevölkerung sowie bei in- und ausländischen Investoren gewinnen könnte (Mzaghrani, 2021).

Westsahara

Der langjährige Konflikt in der Westsahara zwischen den einheimischen Saharais - vertreten durch die Unabhängigkeitsbewegung Polisario-Front - und Marokko gewann 2020 mit einem gewaltsamen Ende des Waffenstillstandes wieder an Bedeutung (Lovatt & Mundy, 2021). Der Anführer der Polisario-Front verkündete im November 2020, dass der 29-jährige Waffenstillstand mit Marokko beendet sei (Reuters Staff, 2020). Ein Zusammenbruch des Waffenstillstands könnte einen seit langem schwelenden Guerillakrieg neu entfachen und die jahrzehntelangen Rivalitäten zwischen Marokko und dem benachbarten Algerien, das die Polisario beherbergt, verschärfen (Reuters Staff, 2020). Dennoch scheint die Eskalation der Polisario eher taktischer Natur zu sein, um auf die wachsende Frustration der Bevölkerung zu reagieren, ihre Verhandlungsposition zu stärken und erneute internationale Aufmerksamkeit zu erzeugen (Lovatt & Mundy, 2021).

Der Konflikt in der Westsahara beeinflusst auch Marokkos Verhältnis zum nördlichen Nachbarn Spanien. Als Reaktion darauf, dass Spanien Polisarios Anführer Brahim Ghali zur medizinischen Behandlung aufgenommen hat und wegen Spaniens unzureichender Unterstützung für die marokkanischen Positionen zur Westsahara, ermutigte Rabat Tausende von Menschen sich auf den Weg nach Ceuta² zu machen (Torreblanca, 2021). Ziel dieser Aktion war es, die spanische Regierung dazu zu bewegen, über die Region Westsahara zu verhandeln. Jedoch haben sich Spanien und die Europäische Union dahingehend klar positioniert, sich nicht unter Druck setzen zu lassen. Ein Aspekt, der nicht außer Acht zu lassen ist, ist die weitere mögliche Instrumentalisierung von Migranten durch die marokkanische Regierung. Marokkanische Beobachter sprechen von einer wahrscheinlichen nächsten Welle von 30 Tsd. bis 50 Tsd. Flüchtlingen, sollte Spanien seinen Kurs bezüglich der Westsahara nicht ändern (Torreblanca, 2021).

Soziale Herausforderungen

Marokkos größte soziale Herausforderung bleibt „das zentral gelenkte Wirtschaftsmodell so auszugestalten, dass alle Regionen und Bevölkerungsgruppen gleichermaßen profitieren“ (BMZ, 2021a). Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei neun Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit ist mehr als doppelt so hoch bei ca. 23 Prozent (Weltbank, 2021a) (siehe Abbildung 22). Auch für diejenigen, die Arbeit haben, ist die reale wirtschaftliche und soziale Lage oft sehr schwierig (Sabra, 2020). Dies hängt auch damit zusammen, dass der informelle Sektor einen großen Anteil des Arbeitsmarkts ausmacht. Arbeitnehmer sind im informellen Bereich weder sozial noch rechtlich abgesichert. Das Ausmaß des informellen Sektors ist auch für den Staatshaushalt von hoher Relevanz. Die Schattenwirtschaft verursachte dem Staat bereits 34 Mrd. Dirham (3,4 Mrd. USD) an jährlichen Steuerausfällen (Eljechtimi, 2020). Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass 60 Prozent der marokkanischen Arbeitskräfte in der Schattenwirtschaft tätig sind (ILO, 2018). Marokko übertrifft damit den afrikanischen und lateinamerikanischen Durchschnitt, der bei 39,4 Prozent und 37,5 Prozent liegt (ILO, 2018). Die formale Wirtschaft in Marokko besteht hauptsächlich aus dem öffentlichen und landwirtschaftlichen Sektor. Der öffentliche Sektor ist einer der größten Arbeitgeber in Marokko sowie in der gesamten arabischen Welt.

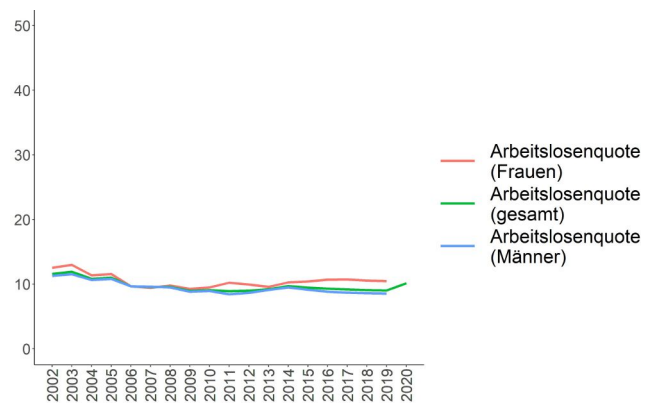


Abbildung 22: Arbeitslosenquote 2002-2020 (Weltbank, 2021g).

Obwohl das Bildungswesen zu den Prioritäten des Monarchen und der Regierung gehört, weist dieses weiterhin große Schwächen auf. Laut dem DAAD hat sich die Einschulungsquote landesweit zwar erhöht, 92 Prozent der 6-jährigen besuchen Schulen. Jedoch gelten knapp „30 Prozent der über 15-Jährigen [...] offiziell als Analphabeten, andere Quellen sehen diese Quote höher“ (DAAD, 2020). Auffällig ist auch hier das starke Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. In ländlichen Regionen ist der Zugang zu Bildungsangeboten deutlich schlechter (BMZ, 2021a).

²Ceuta ist eine spanische autonome Stadt an der Nordküste Afrikas. Sie ist spanisches Territorium auf dem afrikanischen Festland und grenzt an Marokko.

5.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Marokko hat seit Bekanntgabe des ersten COVID-19-Falls eine Vielzahl von Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus ergriffen. So wurde am 20. März der Gesundheitsnotstand ausgerufen (Boughalbi, Falsy, Herrera & El Hasnaoui, 2020). Darüber hinaus hat sich König Mohamed als proaktiver Akteur während der Gesundheitskrise positionieren können. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte wies er das Militär an, medizinische Einrichtungen und Personal als Teil der Reaktion der Regierung auf die Pandemie zur Verfügung zu stellen (Laaroussi, 2020). Gleichzeitig wurde zur Einigkeit angesichts der globalen Krise aufgerufen, auch Oppositionsgruppen riefen zur Unterstützung der Regierungsmaßnahmen auf. Nichtsdestoweniger hat sich die COVID-19-Pandemie rasch von einer Gesundheitskrise zu einer Wirtschafts- und Beschäftigungskrise entwickelt. Die ergriffenen Eindämmungs- und Schließungsmaßnahmen der Regierung haben im Wesentlichen zu einer vorübergehenden oder dauerhaften Einstellung der Tätigkeit und zu Absatz- und Umsatzeinbußen in fast allen Branchen geführt (ILO, 2021). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wird sich bis zum Ende des Jahres 2021 wahrscheinlich verdoppeln, nachdem sie im vergangenen Jahr bereits 10 Tsd. überschritten hat (Mzaghriani, 2021). Aber nicht nur der formelle Sektor hat unter der wirtschaftlichen Unsicherheit und den Schließungsmaßnahmen gelitten. Besonders viele Beschäftigte im informellen Sektor verloren ihre Existenzgrundlage. Die marokkanische Regierung hat versucht dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Auswirkungen der Krise abzumildern. Es wurde ein Fond eingerichtet, der „die Einkommensverluste von Beschäftigten und Unternehmen [im formellen und informellen Sektor] abfedern [soll]“ (Deutsche Afrika Stiftung, 2020). Die Krise offenbarte die Bedeutung des informellen Sektors in der marokkanischen Wirtschaft. 81 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie 60 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor sind Teil der Schattenwirtschaft (ILO, 2021). Außerdem wurde deutlich, wie schwierig es ist, bestimmte gefährdete Gruppen, wie informell Beschäftigte und Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, zu erreichen (ILO, 2021).

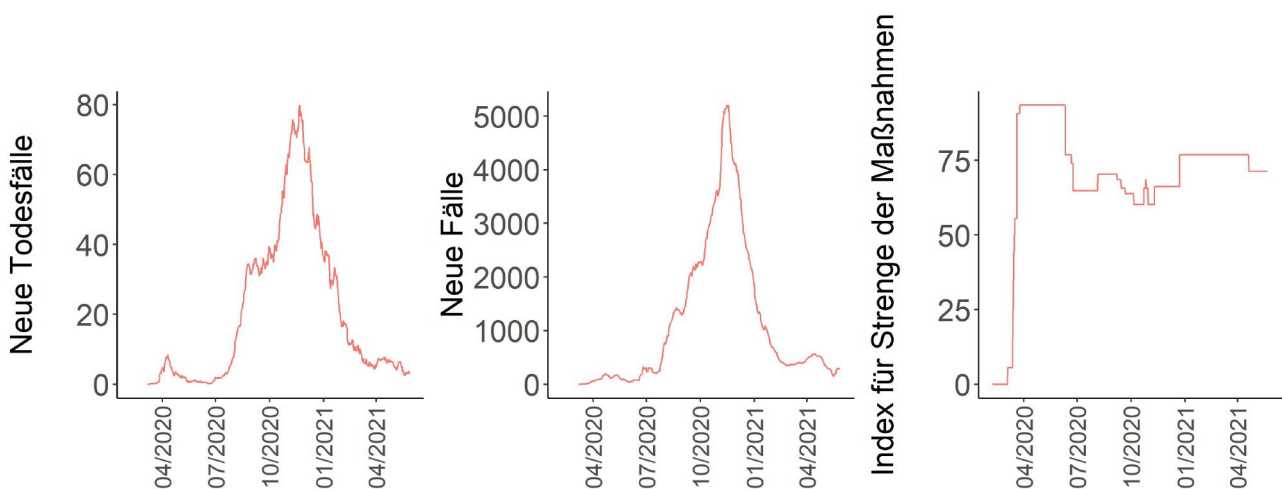


Abbildung 23: COVID-19 Fallzahlen und Restriktionen 2020-2021 (Our World in Data, 2021).

Ähnlich wie in Tunesien stiegen die COVID-19-Fälle in Marokko zunächst eher langsam an. Erst im Herbst/Winter 2020 stiegen die Zahlen exponentiell. Mittlerweile sind auch in Marokko die Fälle wieder drastisch gesunken. Am 1. Juni 2021 lag die 7-Tage-Inzidenz bei exakt 300 Fällen (Johns Hopkins Uni-

versität, 2021a). Nicht zuletzt hat auch eine effektive Impfkampagne, die mit dem chinesischen Impfstoff Sinopharm durchgeführt wurde, die Fallzahlen sinken lassen.

5.3 Zukunftsszenarien

Marokko steht angesichts der globalen Pandemie und einem weltweit geringeren Wirtschaftswachstum relativ gut da. Einer der größten sozialen Herausforderungen bleibt die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die seit 2010 kontinuierlich anstieg und bei knapp 23 Prozent liegt (Weltbank, 2021a). Ob durch die neue Regierung Arbeitsmarktreformen angestoßen werden, bleibt abzuwarten. Im Folgenden werden drei Zukunftsszenarien - Optimalfall, wahrscheinlichster Fall und ungünstigster Fall - unter Bezugnahme auf die bereits identifizierten Schlüsselfaktoren erarbeitet.

Optimalfall: „Balanceakt: Parlament gewinnt an Einfluss“

Angesichts der globalen Krise haben sich bereits erste Tendenzen zur Einigkeit zwischen der jetzigen Regierung und den Oppositionsgruppen herauskristallisiert. Diese Entwicklung könnte sich verstetigen, wodurch die nationale Einheit weiter gefestigt wird. Dazu gehört auch die Freilassung politischer Gefangener vor den Parlamentswahlen. Im Optimalfall wird die Bildung einer neuen politischen Regierung, die einflussreicher als die aktuelle ist und den Einfluss der Monarchie minimieren kann, zügig voran gehen. Eine schnelle Regierungsbildung wird außerdem positive Signale für die Wirtschaft senden und das Vertrauen von in- und ausländischen Investoren zurückgewinnen, um so die wirtschaftliche Erholung voranzutreiben. Im Rahmen der wirtschaftlichen Erholung werden die lang erwarteten Arbeitsmarktreformen beschlossen. Durch eine Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des regulären Arbeitsmarktes in allen Wirtschaftsbereichen wird die hohe Anzahl der Beschäftigten im informellen Sektor sinken. Der Konflikt in der Westsahara wird nicht weiter eskalieren, da sowohl die Europäische Union als auch die Vereinten Nationen als Vermittler zwischen den einheimischen Saharais und Marokko agieren werden.

Wahrscheinlichster Fall: „Neue Regierung, alte Probleme“

Im wahrscheinlichsten Fall wird die Regierungsbildung im Jahr 2021 nur einige Wochen dauern. Die Unstimmigkeiten zwischen Regierung und Opposition werden hingegen anhalten, im Rahmen einer effektiven Pandemiebekämpfung aber vorübergehend beigelegt. Die vierte Welle der COVID-19-Pandemie verläuft mild, da die Impfkampagne weiterhin zügig voranschreitet. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit wird leicht zurück gehen, da die marokkanische Wirtschaft wieder leicht an Fahrt aufnehmen wird. Protestbewegungen werden anhalten. Langfristige Reformen werden vorerst nicht angestoßen. Der Westsahara-Konflikt wird nicht die nächste Eskalationsstufe erreichen. Es besteht ein mäßiges Risiko, dass die Polisario-Front beschließt, ihr taktisches Vorgehen zu ändern. Möglich ist, dass es anstelle von bewaffneten Auseinandersetzungen vermehrt zu terroristischen Attacken kommt. Eine regionale Konfrontation zwischen Marokko und Algerien würde aufgrund Algeriens geringerem Interesse an einer größeren Unterstützung der Polisario-Front vermieden werden. Fraglich ist jedoch auch, ob die EU Verhandlungen mit Marokko bzgl. des Westsahara-Konflikts zustimmt. Dies würde zunächst einen Konsens innerhalb der EU erfordern. Frankreich beispielsweise gewährt der marokkanischen Regierung diplomatischen Schutz. Im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Regierungen (z.B. Deutschland und Spanien), vertritt Frankreich in der Westsahara-Frage

einen pro-marokkanischen Standpunkt.

Ungünstiger Fall: „Zwischen politischen Stillstand und Konflikt-Eskalation“

Im ungünstigsten Fall führen die Parlamentswahlen im September 2021 erneut zu einem monatelangen Stillstand, der die Handlungsfähigkeit der Regierung in einer möglichen vierten COVID-19-Welle unterminiert. Die soziale Lage wird sich verschärfen. Der zu verzeichnende Trend der steigenden Jugendarbeitslosigkeit wird sich fortsetzen. Im Zuge dessen kommt es zu weiteren Protesten, die das Potenzial haben in gewaltsame Unruhen umzuschlagen. Gleichzeitig kommt es zu einer Eskalation der bereits angespannten Situation in der Westsahara, der den seit 1991 herrschenden Waffenstillstand weiter erodieren lässt. Die regionalen Mächte Marokko und Algerien würden dann entgegengesetzte Positionen vertreten. In diesem Szenariokontext wird auch Marokkos Beziehung zu Spanien und der Europäischen Union leiden. Besonders Marokkos außenpolitische Strategie, Migranten als Druckmittel gegenüber Spanien einzusetzen, sät großen Unmut.

6 Tunesien

Nach jahrzehntelanger autoritärer Herrschaft unter Zine el-Abidine Ben Ali erfuhr Tunesien in Folge der Revolution von 2011 bedeutende Veränderungen. Mit der Organisation von vier reibungslos verlaufenen nationalen Wahlen in den Jahren 2011, 2014, 2018 und 2019 scheint der Übergang hin zu einem demokratischen Tunesien erfolgreich zu sein (Utterwulghe & Khouja, 2021). Nichtsdestoweniger sehen viele Tunesier auch 10 Jahre nach den Massenprotesten in den politischen Parteien den Inbegriff von Korruption und Vetternwirtschaft (Meyer, 2021). Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik hat sich nicht wesentlich verbessert. Die jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober 2019 ebneten den Weg für Gegner politischer Parteien und populistische Bewegungen. Die parlamentarische Demokratie in Tunesien ist angeschlagen und radikale Ideen von Präsident Kais Saied könnten das fragile politische System weiter destabilisieren.

Neben dem umstrittenen bzw. nicht klar definierten Verhältnis der Bürger zum post-revolutionären Tunesien, ist auch die wirtschaftliche Entwicklung durch anhaltende strukturelle Schwierigkeiten gehemmt. Eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, vor allem seit der globalen Finanzkrise von 2008, ist zu beobachten - im Jahr 2020 schrumpfte Tunesiens Wirtschaft um 8,2 Prozent. Die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere der jungen Akademiker (30 Prozent gegenüber einem nationalen Durchschnitt von etwa 15 Prozent) sowie die eklatante Ungleichheit zwischen den wohlhabenderen Küstenregionen und dem benachteiligten Landesinneren bergen große sozioökonomische Herausforderungen (Utterwulghe & Khouja, 2021; Dworkin, 2019). Seit der Revolution haben fast jedes Jahr im Landesinneren große Bürgerproteste stattgefunden, während irreguläre Emigration zugenommen hat. Insgesamt haben sich Tunesiens sozioökonomische Herausforderungen im Zuge der COVID-19-Pandemie auf eine Art und Weise verschärft, welche die Fähigkeit und Einheit der Regierungskoalition auf die Probe stellen.

Zusätzlich zu diesen Herausforderungen hat sich auch die makroökonomische Situation Tunesiens in den letzten Jahren stark verschlechtert. Angesichts steigender Schulden und Defizite sowie schrumpfender Devisenreserven, vereinbarte Tunesien 2016 mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Kredit in Höhe von 2,9 Mrd. USD. Der IWF forderte Tunesien auf, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, die Steuererhebung zu überarbeiten, um die Staatseinnahmen zu erhöhen und eine Abwertung der Währung zuzulassen (Dworkin, 2019). Insgesamt limitiert die wirtschaftliche Lage politische Handlungsspielräume der tunesischen Regierung, wenn es um die Durchsetzung von dringend benötigten Reformen geht. Der Reformbedarf erstreckt sich vom öffentlichen Sektor, insbesondere den Staatsbetrieben, bis hin zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit, wie der Integration von Randgruppen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist groß. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Protesten, die bis jetzt jedoch

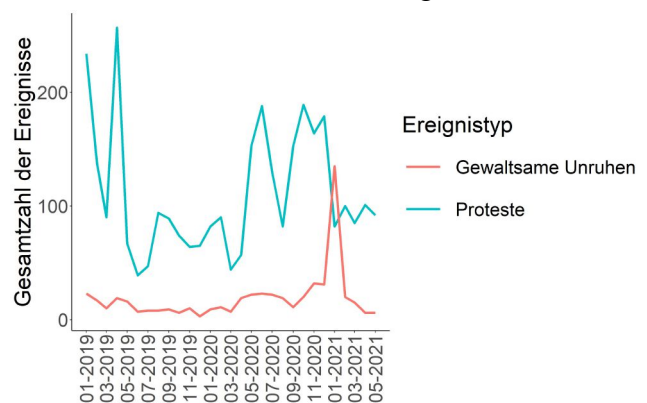


Abbildung 24: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Proteste und Gewaltsame Unruhen (Raleigh et al., 2010).

noch keine organisierte politische Vertretung haben. Proteste können als wiederkehrendes Merkmal des öffentlichen Lebens in Tunesien gesehen werden (siehe Abbildung 24). Aber die Demonstrationen, die seit Beginn des Jahres 2021 im Gange sind, sind aufgrund ihres Zeitpunkts und der Umstände ernster als in den vorangegangenen Jahren (Abouzzohour, 2021). Tunesien ist an einem Punkt angelangt, an dem unerfüllte soziale und wirtschaftliche Erwartungen die größte Bedrohung für die politische Stabilität darstellen (Dworkin, 2019).

6.1 Schlüsselfaktoren

Drei Aspekte, welche die zukünftige Sicherheitslage in Tunesien beeinflussen, werden im Folgenden diskutiert: die (instabile) Regierungskoalition, soziale Ungleichheiten und Tunesiens wirtschaftliche Lage.

Tunesiens Regierungskoalition: Fragile Allianzen

Mit der Wahl des früheren Juraprofessors Saied im Jahr 2019, gewann ein Kandidat aus der politischen Peripherie. Doch gerade Saieds fehlende Verbindungen zu Tunesiens etablierter politischer Elite hat maßgeblich zu seinem Wahlerfolg beigetragen - 72,7 Prozent der Stimmen entfielen auf ihn (Tagesschau, 2019). Im Wahlkampf profitierte er von der Nähe zum Volk, seinem Engagement im Kampf gegen die Korruption sowie der Verteidigung der Ideale der Revolution (Bresillion & Meddeb, 2020). Als Verfechter eines überparteilichen und neutralen Staats fehlen Saied jedoch die nötigen parteipolitischen Verbindungen bzw. der Fraktionsanschluss, wodurch sein Einfluss in öffentlichen Angelegenheiten maßgeblich begrenzt ist.

Hinzu kommt die generelle Fragilität der Regierungskoalition, die aufgrund von tief verwurzelten Rivalitäten und ideologischen Differenzen zwischen ihren Mitgliedern höchst instabil ist (Bresillion & Meddeb, 2020). Nach nicht einmal fünf Monaten hat Ex-Premierminister Elyes Fakhfakh seinen Rücktritt eingereicht. Hauptgrund waren Streitigkeiten innerhalb der Regierung. Fakhfakhs Nachfolger Hichem Mechichi³ ist mittlerweile der dritte Premierminister seit den letzten Parlamentswahlen. Sein neues Kabinett setzte sich zunächst aus Experten und Technokraten zusammen (Tagesschau, 2020). Zu Beginn dieses Jahres (Januar 2021) veranlasste Mechichi eine Kabinettsumbildung und ersetzte sukzessive einige Minister, die Saied nahestanden. Eine sich vertiefende Kluft zwischen Premierminister und Staatsoberhaupt ist zu verzeichnen. Die von Mechichi veranlasste Kabinettsumbildung, inmitten wachsender Unruhen, blieb nicht ohne Folgen. Hunderte von regierungskritischen Demonstranten protestierten vor dem tunesischen Parlament gegen eine politische Klasse, die als besessen von Machtkämpfen und abgekoppelt von der Lebensrealität der Bevölkerung gesehen wird (Agence France Press, 2021). Während nächtlicher Unruhen und den tagsüber stattfindenden Protesten, die sich auch gegen Polizeirepression, Armut, Ungleichheit und Korruption richten, wurden Massenverhaftungen durchgeführt (Agence France Press, 2021). Die Schwierigkeiten und Diskontinuität bei der Regierungsbildung machen deutlich, wie kompliziert es ist, eine effektive und stabile Regierung zu bilden, um endlich die sozioökonomischen Probleme anzugehen, die Tunesien seit 2011 belasten.

³Im Amt seit September 2020.

Soziale und regionale Ungleichheit

Tunesiens größte Herausforderung ist der Aspekt der sozialen Ungleichheit. Eine hohe Arbeitslosenquote sowie starke regionale Unterschiede zwischen Großstädten sowie Wirtschaftszentren in Küstenregionen und Gebieten im Süden bzw. Landesinneren, wo es an Bildung, Gesundheitsversorgung und Sicherheit mangelt, sind im Fokus. Die steigende Arbeitslosigkeit ist nach wie vor einer der wichtigsten Auslöser für Proteste. Im Jahr 2020 lag die Arbeitslosenquote bei ca. 16,9 Prozent - im Vergleich zu etwa 15,5 Prozent im Jahr 2016 und 13 Prozent im Jahr 2010 (Weltbank, 2021b). Der Anteil der Arbeitslosen, die jünger als 35 Jahre alt sind, liegt bei ca. 85 Prozent. Außerdem lässt sich generell festhalten: Je höher das Bildungsniveau, desto höher die Arbeitslosenquote (Boughzala, 2019). Obwohl die Arbeitslosigkeit in Tunesien anhaltend hoch ist - vor allem unter jungen Menschen, Frauen und Akademikern - gibt es regional starke Unterschiede (siehe Abbildungen 25-26). Die Arbeitslosigkeit ist in den Küstenregionen am geringsten, wohingegen das Landesinnere bzw. die Regierungsbezirke Gafsa, Tozeur, und Tataouine am massivsten von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

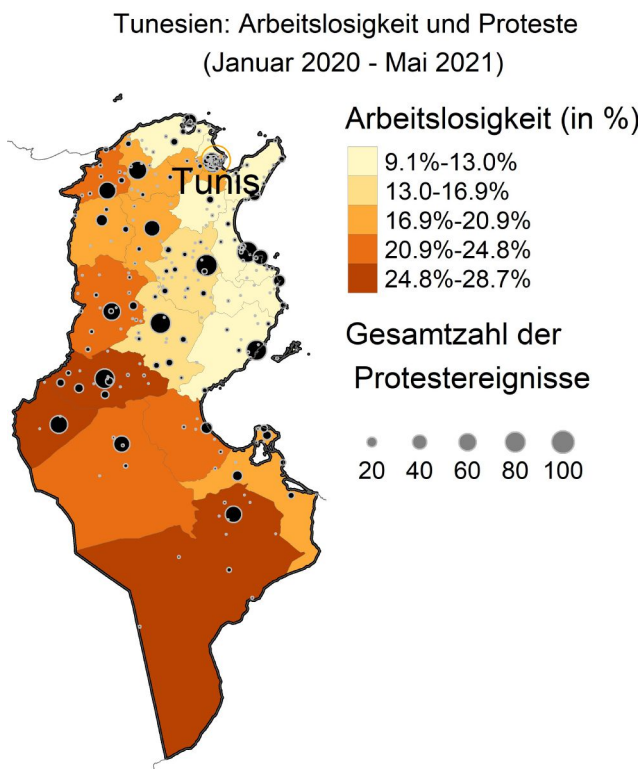


Abbildung 25: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Geografische Verteilung von Protestereignissen und Arbeitslosenquote nach Gouvernement (Raleigh et al., 2010; Oxford Analytica, 2019).

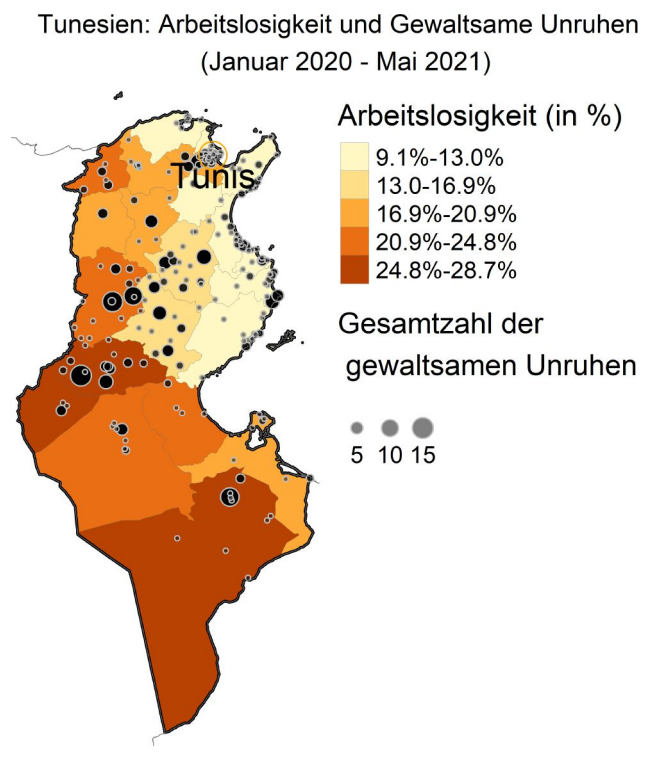


Abbildung 26: ACLED-Ereignisse 2019-2021: Geografische Verteilung von gewaltsamen Unruhen und Arbeitslosenquote nach Gouvernement (Raleigh et al., 2010; Oxford Analytica, 2019).

Gemäß den Ergebnissen der achten Afrobarometer Erhebung von 2020, geben mehr als 20 Prozent der Befragten an, dass Arbeitslosigkeit und Armut die dringendsten Probleme des Landes sind. Laut (Boughzala, 2019) sind drei Faktoren maßgeblich für diese prekäre Lage verantwortlich:

1. Die wirtschaftliche Unterentwicklung führt zu einer sehr begrenzten Aufnahmefähigkeit des regulären Arbeitsmarktes in allen Wirtschaftsbereichen.

2. Es besteht ein Mangel an Synergien und Kommunikation zwischen dem tunesischen Bildungssystem und den Bedürfnissen der privaten und öffentlichen Arbeitgeber.
3. Der tunesische Arbeitsmarkt ist nicht effizient genug, so gibt es beispielsweise nur wenige Mechanismen, um Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu lösen.

Hinzu kommt, dass etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft beschäftigt ist (Dworkin, 2019), vornehmlich in „Wirtschaftszweigen wie der Landwirtschaft und dem Baugewerbe“ (Thyen, 2019).

Wirtschaftliche Missstände

Neben den sozialen Ungleichheiten ringt Tunesien mit einer schweren Wirtschaftskrise. Das tunesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte 2020 um schätzungsweise 8,2 Prozent - nach Angaben des Internationalen Währungsfonds ist dies der stärkste Abschwung seit der Unabhängigkeit Tunesiens im Jahr 1956 (Tagesschau, 2021a).

Die Verschlechterung der Haushaltslage und der Zahlungsbilanz Tunesiens hat zu einer Schuldenspirale geführt. Das Land war zweimal gezwungen den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Unterstützung zu bitten. Der IWF verlangte im Gegenzug von Tunesien, die öffentlichen Finanzen zu reformieren und strukturelle Wirtschaftsreformen durchzuführen. In der Tat wuchs das anhaltend hohe Haushaltsdefizit des Landes auf geschätzte 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 (Abouzzohour, 2021). Wenn es um die Frage der wirtschaftlichen Lage Tunesiens geht, geben mehr als 50 Prozent der befragten Tunesier auf einer Skala von 1 („sehr schlecht“) bis 5 („sehr gut“) an, dass die wirtschaftliche Lage des Landes als „sehr schlecht“ eingestuft werden kann (Afrobarometer, 2020).

6.2 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Im Unterschied zu vielen anderen Weltregionen „reagierten viele afrikanische Staaten schon zu einem Zeitpunkt auf die Pandemie, als nur jeweils wenige Fälle von Corona-Infektionen bestätigt waren.“ (Deutsche Afrika Stiftung, 2020). Bereits im März 2020, wenige Tage nachdem sie eine Vertrauensabstimmung im Parlament gewonnen hatten, erfuhr die zu diesem Zeitpunkt von Fakhfakh geführte Regierung von einem ersten bestätigten Coronavirus-Fall in Tunesien. Proaktive Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, wurden ergriffen. Einerseits hat die Regierung durch ihr erfolgreiches Pandemie-Management an Zustimmung gewonnen, denn die Gesundheitskrise offenbarte ihre Fähigkeit zur Entscheidungsfindung und Umsetzung (Bresillion & Meddeb, 2020). Bis Juni 2020 gab es in Tunesien lediglich ca. 1 Tsd. bestätigte Fälle sowie 50 Todesfälle (Bresillion & Meddeb, 2020). Andererseits hat sich die Lage seit Oktober 2020 drastisch verschlechtert. Todesfälle stiegen exponentiell an (siehe Abbildung 27). Vor allem aber hat die Pandemie die Ungleichheiten im Land verschärft. Besonders deutlich wurde dies beim Zugang zum Gesundheitssystem. In den lange vernachlässigten Binnen- und Grenzregionen des Landes gab es beispielsweise keinerlei Intensivbetten.

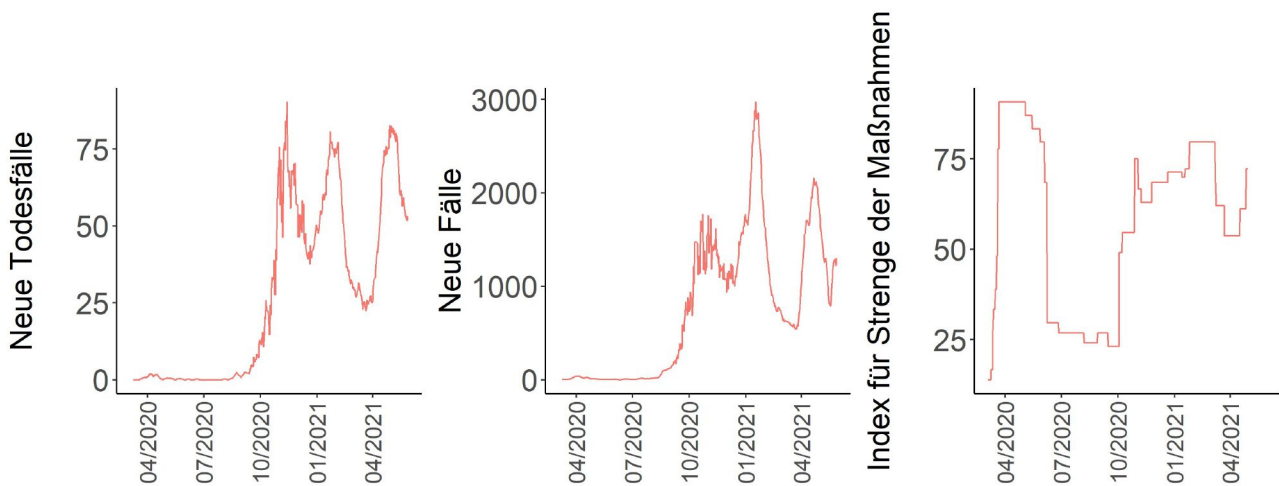


Abbildung 27: COVID-19 Fallzahlen und Restriktionen 2020-2021 (Our World in Data, 2021).

Die Krise hat außerdem die strukturellen wirtschaftlichen Probleme verschärft, mit denen Tunesien seit mehr als einem Jahrzehnt kämpft. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind schwerwiegend. Sowohl die formelle Wirtschaft rund um den Tourismussektor und das verarbeitende Gewerbe sowie informelle Wirtschaftstätigkeiten litten unter dem wirtschaftlichen Abschwung während der Pandemie.

Der Schaden für die formelle Wirtschaft ist besonders deutlich im Tourismussektor erkennbar, der seit 2019 einen Rückgang von 23 Prozent verzeichnete. Der Anteil des Tourismus am BIP lag 2019 bei 5 Prozent, der Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bei 4,5 Prozent. (Bresillion & Meddeb, 2020). Experten gehen davon aus, dass sich der Sektor frühestens im Jahr 2022 wieder normalisieren wird. Auch das verarbeitende Gewerbe, dessen Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei 18,5 Prozent und am BIP bei 15 Prozent liegt, ist durch die Unterbrechung der globalen Lieferketten stark belastet. Die Exporte Tunesiens sind in diesem Jahr um 8 Prozent gesunken, was vor allem auf den starken Rückgang der europäischen Nachfrage sowie die Schließung von Produktionsstätten, als Reaktion auf den Ausbruch des COVID-19, zurückzuführen ist. Die Unterbrechung des Betriebs in der Fertigung wird höchstwahrscheinlich zu Entlassungen von Arbeitern führen, die nur vorübergehend eingestellt wurden (Bresillion & Meddeb, 2020).

COVID-19 hat auch schwere Auswirkungen auf informelle Wirtschaftstätigkeiten, die fast 40 Prozent des BIP ausmachen und etwa 32 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigen (Bresillion & Meddeb, 2020).

6.3 Zukunftsszenarien

Im Jahr 2021 steckt Tunesien erneut in einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise - „zehn Jahre nach der Revolution herrschen in dem nordafrikanischen Land Enttäuschung und Verzweiflung“ (Tagesschau, 2020). Im Folgenden werden drei Zukunftsszenarien - Optimalfall, wahrscheinlichster Fall, und ungünstigster Fall - unter Bezugnahme auf die identifizierten Schlüsselfaktoren erarbeitet.

Optimalfall: „Politische Machtkämpfe: Ein Ende in Sicht“

Im Optimalfall knüpft die Regierung an ihre erfolgreiche Reaktion auf die COVID-19-Pandemie an, die auf effektiver Entscheidungsfindung und Umsetzung basierte (Bresillion & Meddeb, 2020). Den Forderungen der Demonstranten wird Gehör geschenkt und diese finden auf politischer Ebene Berücksichtigung. Die bisherigen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften werden aufgearbeitet, insbesondere was die exzessive Verwendung von Tränengas sowie willkürliche Verhaftungen und Razzien angeht. Politische Machtkämpfe und ideologische Differenzen innerhalb der Regierung werden beigelegt, um auf dieser Basis systemische Reformen anzustoßen. So können Kompromisse geschaffen werden, welche die Last notwendiger wirtschaftlichen Reformen zwischen den wichtigsten politischen Akteuren und Interessengruppen verteilen. Der Tourismussektor nimmt im Jahr 2022 wieder an Fahrt auf. Die Zahl der informell Beschäftigten sinkt, bei gleichzeitigem Wachstum sowie Reformen des regulären Arbeitsmarkts.

Wahrscheinlichster Fall: „Regierungen kommen und gehen“

Tunesische Regierungen werden weiterhin von einer hohen Kurzlebigkeit charakterisiert sein und auch politische Machtkämpfe lassen sich nicht beilegen. Die Zersplitterung des Parlaments beeinträchtigt weiterhin politische Entscheidungsfindungsprozesse. Auf Grund dessen bleiben die erhofften strukturellen Veränderungen aus. Differenzen zwischen Präsident Saied und Premierminister Mechichi werden anhalten. Die Situation könnte sich zuspitzen wenn Mechichi und Parlamentssprecher Rached Ghannouchi - Parteivorsitzender der Ennahda - sich offensichtlich gegen den Präsidenten stellen. Auch das Thema Korruption wird die Regierung 2021 weiterhin beschäftigen. Insbesondere weil man davon ausgeht, dass die Pandemie die Korruption in Tunesien verschlimmert hat (Freedom House, 2021b). Wenn mehr Korruptionsfälle in Regierungskreisen bekannt werden, wie bereits mit dem ehemaligen Premierminister Fakhfakh und Ex-Präsidentschaftskandidat Nabil Karoui, wird es zu wachsenden Unmut in der Bevölkerung kommen. Proteste werden langfristig wieder zunehmen und möglicherweise erneut in gewaltsame Unruhen umschlagen. Flüchtlingsströme von Tunesien nach Europa werden durch anhaltend schlechte ökonomische Bedingungen zunehmen, wie es bereits im Rahmen der COVID-19-Pandemie zu verzeichnen war. Im Jahr 2020 lag die Gruppe der tunesischen Staatsbürger laut Italiens Innenministerium bereits auf Platz 3 der registrierten Nationalitäten (ZDF, 2020).

Ungünstiger Fall: „Politisches Vakuum in Zeiten zunehmender sozialer Unruhen“

In ungünstigsten Fall eskaliert die Auseinandersetzung zwischen Premierminister/Parlamentschef und dem Präsidenten, welche zu einem Sturz der Regierung führt. Im Zuge dessen wird es zu einem politischen Vakuum kommen, das die Reaktionsfähigkeit des Pandemiemanagements hemmt und notwendige strukturelle Reformen verzögert. Protestbewegungen radikalisieren sich weiter, was im ungünstigsten Fall zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften führt. Die tunesische Regierung setzt repressive Strategien ein, um sich an der Macht zu halten und Demonstrationen und Proteste zu zerschlagen. Es ist anzunehmen, dass zunehmende soziale Unruhen auch mit einem weiter wachsenden Migrationsstrom nach Europa einhergehen werden. Weiterhin würde eine Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Spannungen antidemokratische Kräfte stärken und Tunesien politisch destabilisieren.

7 Ergebnisse prädiktiver Modelle

Der primäre Fokus dieses Berichts lag in den vorherigen Kapiteln auf der Erstellung einer Analyse und Prognose zur sicherheitspolitischen Entwicklung in Nordafrika unter Bezugnahme auf Informationen aus öffentlich verfügbaren Quellen. Zudem wurden Datensätze ausgewertet, visualisiert und in die Analyse integriert. Zur weiteren Substantiierung der im Bericht vorgenommenen Einschätzungen sollen abschließend die Ergebnisse prädiktiver Modelle zur Vorhersage der kurzfristigen Eskalationswahrscheinlichkeit (3 Monate) von Kampfhandlungen, Gewalt gegen Zivilisten und Protesten bzw. gewaltsamen Unruhen auf nationaler und subnationaler Ebene kurz beschrieben werden. Das Phänomen „Eskalation“ wurde in den Trainingsdaten der Modelle als signifikante (zukünftige) Abweichung vom längerfristigen 24-Monatsmittel in Bezug auf die jeweils zur Operationalisierung der Zielvariablen herangezogenen Zeitreihen definiert.

- **Eskalation von Kampfhandlungen auf nationaler / subnationaler Ebene** Signifikant höhere Anzahl an monatlichen Todesopfern aus Kampfhandlungen bzw. Gewaltausübung aus der Ferne (z. B. IED-Anschläge, Artillerieangriff) in den nächsten drei Monaten gegenüber dem Mittel der vergangenen 24 Monate. Mind. 5 Todesopfer in Folge derartiger Ereignisse und mind. 3 derartige Ereignisse im Vorhersagezeitraum.
- **Eskalation sozialer Unruhen auf nationaler / subnationaler Ebene** Signifikant höhere Anzahl an monatlichen Protesten oder gewaltsamen Unruhen in den nächsten drei Monaten gegenüber dem Mittel der vergangenen 24 Monate. Mind. 25 (national) bzw. 5 (subnational) Protestereignisse oder 5 (national) bzw. 3 (subnational) gewaltsame Unruhen im Vorhersagezeitraum.
- **Eskalation von Gewalt gegen Zivilisten auf nationaler / subnationaler Ebene** Signifikant höhere Anzahl an monatlichen Todesopfern aus Gewalt gegen Zivilisten in den nächsten drei Monaten gegenüber dem Mittel der vergangenen 24 Monate. Mind. 5 Todesopfer in Folge derartiger Ereignisse und mind. 3 derartige Ereignisse im Vorhersagezeitraum.

Da die Konflikthistorie stets als Referenzpunkt herangezogen wird um ungewöhnliche Abweichungen zu identifizieren, ermöglicht diese Vorgehensweise sowohl Vorhersagen zu laufenden Konflikten (in denen bereits eine hohe Konfliktintensität auftritt) als auch Risikoabschätzungen zu bislang relativ friedlichen Ländern bzw. Regionen.

Als Features (unabhängige Variablen) wurden primär aus den ACLED-Daten abgeleitete monatliche Ereignis- und Opferzahlen auf Länder- bzw. subnationaler Ebene, ausdifferenziert nach Ereignistyp (Kampfhandlungen, „Gewaltausübung aus der Ferne“, Proteste, gewaltsame Unruhen, Gewalt gegen Zivilisten, strategische Entwicklungen), verwendet. Zudem wurden auf nationaler Ebene Features aus dem Akteursnetzwerk (z. B. Anzahl an neuen Akteuren, Anzahl an Akteuren mit räumlich-expansive Aktivitäten) abgeleitet sowie Features zu den jeweils drei aktivsten Konfliktakteuren (Anzahl Ereignisse und Opferzahlen mit Beteiligung Akteur) verwendet. Weiterhin wurden Features zu subnationalen Konfliktdynamiken (prozentualer Anteil betroffener Regionen eines Landes nach Ereignistyp, prozentualer Anteil neu betroffener Regionen eines Landes nach Ereignistyp) sowie Features zur Anzahl an Konfliktereignissen und -opfern in den jeweils drei

aktivsten Konfliktregionen verwendet. Weiterhin wurden auf Länderebene Features zu den Entwicklungen in angrenzenden Regionen in Nachbarländern (50 km Radius) verwendet.

Auf die einzelnen Modellindikatoren wurden zudem verschiedene Feature-Transformationen angewandt, um ungewöhnliche Trends in den einzelnen Zeitreihen identifizieren zu können. Für jedes Feature auf Länder-Monatsbasis bzw. subnationaler Regionen-Monatsbasis wurden die Zeitreihendaten für die letzten 24 Monate extrahiert. Diese Zeitreihe wurde standardisiert (Mittelwert 0, Standardabweichung 1) und der jeweils aktuellste Wert als zusätzliches Feature verwendet. Ebenfalls wurde der Koeffizient eines für die Zeitreihe berechneten linearen Regressionsmodells als zusätzliches Feature verwendet.

Im Folgenden soll auf einige der generierten Vorhersageergebnisse eingegangen werden, die sich im Wesentlichen mit den bereits auf Basis qualitativer Analyse gewonnenen Schlussfolgerungen decken.

Anzumerken ist, dass die hier dargestellten Vorhersagewerte nicht kalibriert worden sind, d. h. sich nicht eins-zu-eins in einen Wahrscheinlichkeitswert übersetzen lassen. Wie Abbildung 28 zeigt, wurde eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Protesten bzw. gewaltsamen Unruhen für Marokko, Algerien und Tunesien prognostiziert. In der subnationalen Ausdifferenzierung sind in Algerien hiervon primär die bevölkerungsreichen Küstenregionen, in Marokko und Tunesien auch das Hinterland betroffen. Algerien verzeichnete zudem im Vergleich der Vorhersagewerte von Mai und April kürzlich einen hohen Anstieg der prognostizierten Eskalationswahrscheinlichkeit (hier nicht separat abgebildet).

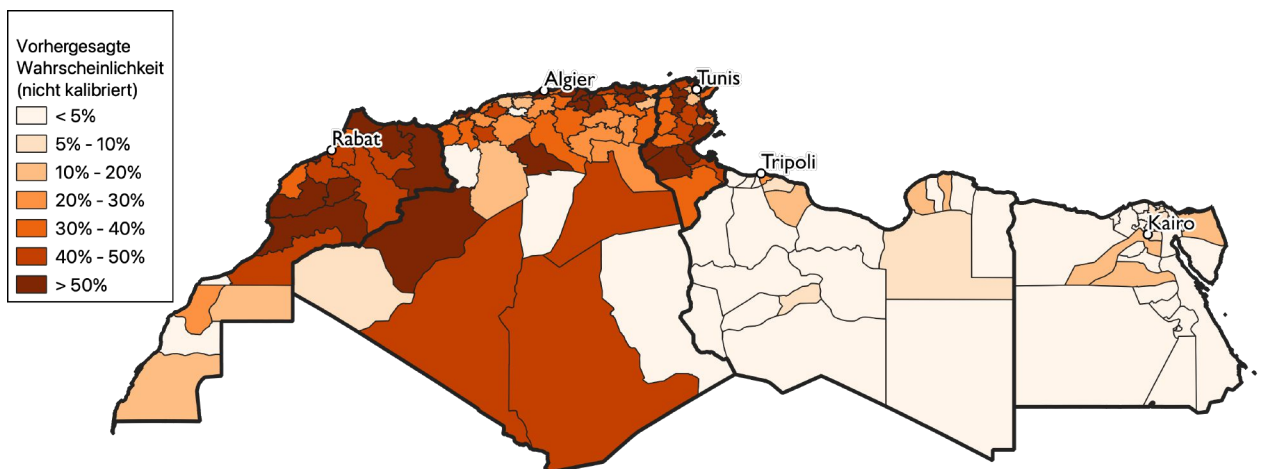
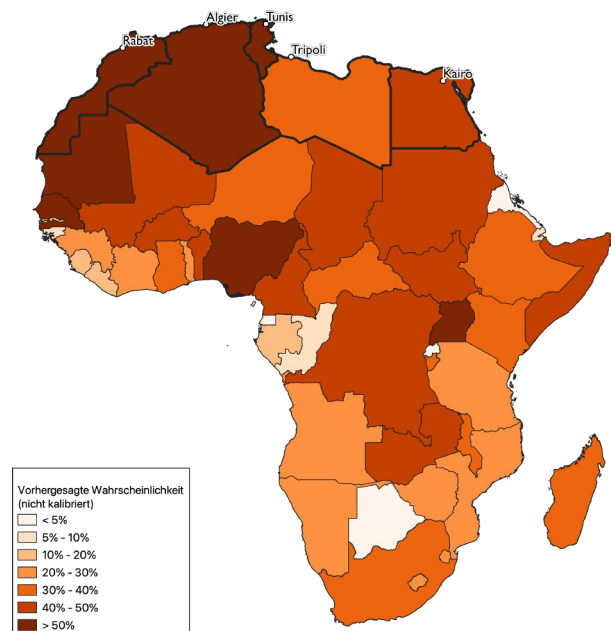


Abbildung 28: Modellbasierte Risikoabschätzungen zur Eskalation von Protesten bzw. gewaltsamen Unruhen (Vorhersagezeitraum: Juli bis Sep. 2021)

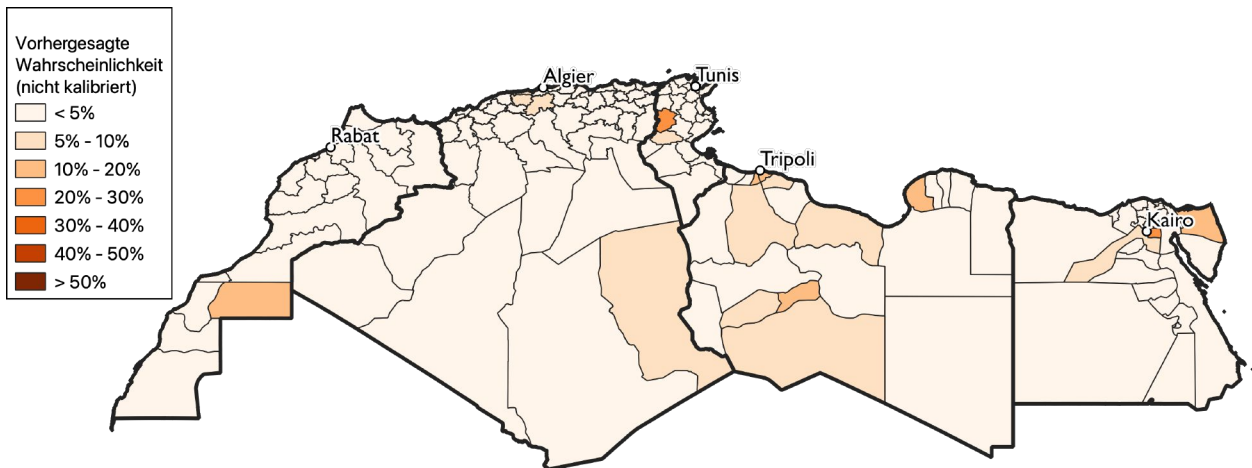


Abbildung 29: Modellbasierte Risikoabschätzungen zur Eskalation von Kampfhandlungen (Vorhersagezeitraum: Juli bis Sep. 2020)

In Bezug auf die Eskalation von Kampfhandlungen weisen in Libyen die Hauptstadtregion um Tripoli, Benghazi sowie in Ägypten die Sinai Halbinsel ein besonders hohes prognostiziertes Risiko auf, wie Abbildung 29 verdeutlicht. Keiner der prognostizierten Werte ist im länderübergreifenden Vergleich mit anderen afrikanischen Krisenregionen aber als besonders hoch anzusehen.

In Bezug auf das Risiko der Eskalation von Gewalt gegen Zivilisten wies zuletzt keines der Länder ein relativ hohes prognostiziertes Risiko auf (siehe Abbildung 30). Im Vormonat war dies noch für Marokko der Fall.

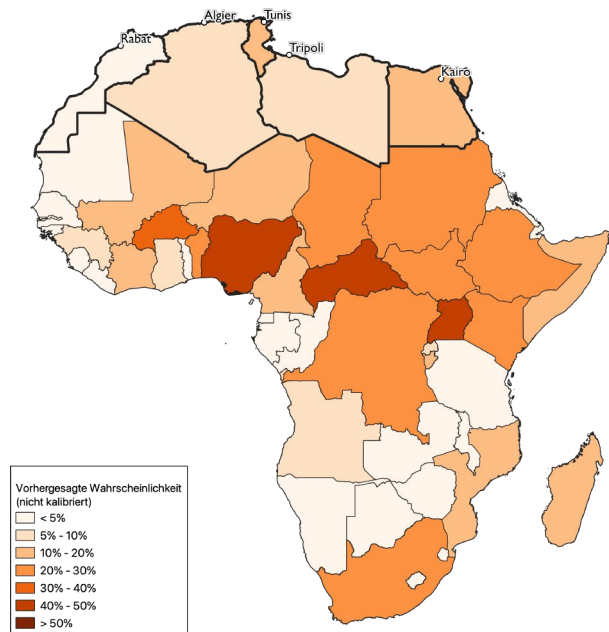


Abbildung 30: Modellbasierte Risikoabschätzungen zur Eskalation von Gewalt gegen Zivilisten (Vorhersagezeitraum: Juli bis Sep. 2020)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Nordafrika: Worldwide Governance-Indikatoren	3
Abbildung 2:	Nordafrika: Veränderung Proteste, gewaltsame Unruhen 2019-2021	3
Abbildung 3:	Nordafrika: Konflikte nach Ereignistypen 2019-2021	4
Abbildung 4:	Nordafrika: Veränderung Kampfhandlungen, Gewalt aus der Ferne 2019-2021	5
Abbildung 5:	Nordafrika: Veränderung Gewalt gegen Zivilisten 2019-2021	5
Abbildung 6:	Nordafrika: Gewaltsame Unruhen 2021	9
Abbildung 7:	Nordafrika: Proteste 2021	9
Abbildung 8:	Ägypten: Proteste, Gewalt gegen Zivilisten 2019-2021	9
Abbildung 9:	Nordafrika: Kampfhandlungen 2021	10
Abbildung 10:	Nordafrika: Gewalt aus der Ferne 2021	10
Abbildung 11:	Nordafrika: Gewalt gegen Zivilisten 2021	10
Abbildung 12:	Ägypten: Verteilung Opferzahlen 2019-2021	10
Abbildung 13:	Ägypten: Gewaltausübung aus der Ferne, Kampfhandlungen 2019-2021	11
Abbildung 14:	Ägypten: COVID-19 Fallzahlen und Resriktionen 2020-2021	13

Abbildung 15:	Algerien: Proteste, gewaltsame Unruhen 2019-2021	16
Abbildung 16:	Algerien: Verteilung Proteste 2019-2021	16
Abbildung 17:	Libyen: Gewaltausübung aus der Ferne, Kampfhandlungen, Proteste 2019-2021	23
Abbildung 18:	Libyen: Verteilung Opferzahlen 2019-2021	24
Abbildung 19:	Libyen: Veränderung Kampfhandlungen, Gewalt aus der Ferne 2020	26
Abbildung 20:	Libyen: Leistungsfähigkeit der Regierung 2002-2019	27
Abbildung 21:	Marokko: Sitzverteilung Parlament	31
Abbildung 22:	Marokko: Arbeitslosenquote 2002-2020	33
Abbildung 23:	Marokko: COVID-19 Fallzahlen und Restriktionen 2020-2021	34
Abbildung 24:	Tunesien: Proteste, gewaltsame Unruhen 2019-2021	37
Abbildung 25:	Tunesien: Verteilung Arbeitslosigkeit, Proteste 2019-2021	39
Abbildung 26:	Tunesien: Verteilung Arbeitslosigkeit, gewaltsame Unruhen 2019-2021	39
Abbildung 27:	Tunesien: COVID-19 Fallzahlen und Restriktionen 2020-2021	41
Abbildung 28:	Risikoabschätzungen zur Eskalation von Protesten bzw. gewaltsamen Unruhen .	44
Abbildung 29:	Risikoabschätzungen zur Eskalation von Kampfhandlungen	45
Abbildung 30:	Risikoabschätzungen zur Eskalation von Gewalt gegen Zivilisten	45

Quellen

- Abderrahmane, A. (2021). Algeria's parliamentary elections: A bumpy road ahead. *Atlantic Council*. Zugriff auf <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/algerias-parliamentary-elections-a-bumpy-road-ahead/>
- Abouzzohour, Y. (2021). *Caught in transition: Tunisia's protests and the threat of repression*. Zugriff auf <https://ecfr.eu/article/caught-in-transition-tunisias-protests-and-the-threat-of-repression/>
- Abouzzohour, Y. & Mimoune, N. B. (2020). *Algeria must prioritize economic change amidst COVID-19 and political crisis*. Zugriff auf <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2020/12/02/algeria-must-prioritize-economic-change-amidst-covid-19-and-political-crisis/>
- African Development Bank. (2021). *Algeria Economic Outlook*. Zugriff auf <https://www.afdb.org/en/countries-north-africa-algeria/algeria-economic-outlook>
- Afrobarometer. (2020). *Afrobarometer Round 8 survey in Tunisia, 2020*. Zugriff auf https://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Summary%20of%20results/summary_of_results-tunisia-afrobarometer_round_8-29jan21.pdf
- Agence France Press. (2021). *Amid Protests, Tunisia Parliament Reshuffles Cabinet*. Zugriff auf <https://www.voanews.com/africa/amid-protests-tunisia-parliament-reshuffles-cabinet>
- al Haj, A. A. (2021). *The Algerian Political Scene ahead of Legislative Elections*. Zugriff auf <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/algerian-political-scene-ahead-legislative-elections>
- Aljazeera. (2021). *The competition for Egypt: China, the West, and megaprojects*. Zugriff auf <https://www.aljazeera.com/news/2021/3/15/the-competition-for-egypt-china-the-west-and-mega-projects>
- Amnesty International. (2021a). *Amnesty Report Ägypten 2020*. Zugriff auf <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/aegypten-2020>
- Amnesty International. (2021b). *Suppressing free speech and assembly: The targeting of Hirak activists in Algeria*. Zugriff auf <https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE2837072021ENGLISH.pdf>
- Amnesty International. (2021c). *Algeria: Stop using unlawful force against peaceful protesters*. Zugriff auf <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/05/algeria-stop-using-unlawful-force-against-protesters/>
- Asala, K. & Africanews. (2021). *Algeria: Islamist party claims premature victory in legislative vote*. *Africanews*. Zugriff auf <https://www.africanews.com/2021/06/14/algeria-islamist-party-claims-premature-victory-in-legislative-vote/>
- Auswärtiges Amt. (2021). *The Second Berlin Conference on Libya: Conference Conclusions*. Zugriff auf <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/berlin-2-conclusions/2467750>
- Baala, H. (2020). *Algeria's Hirak: Rachad movement at centre of major row among activists*. *The Africa Report*. Zugriff auf <https://www.theafricareport.com/35035/algerias-hirak-rachad-movement-at-centre-of-major-row-among-activists/>

- BMZ. (2021a). *Geschäftsklima verbessert, Arbeitsplätze fehlen*. Zugriff auf <https://www.bmz.de/de/laender/marokko/wirtschaftliche-situation-9790>
- BMZ. (2021b). *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - Länderprofil Ägypten*. Zugriff auf <https://www.bmz.de/de/laender/aegypten>
- Boubekeur, A. (2020). *Demonstration effects: How the Hirak protest movement is reshaping Algerian politics*. Zugriff auf https://ecfr.eu/publication/demonstration_effects_how_hirak_movement_is_reshaping_algerian_politics/
- Boughalbi, A., Falsy, B., Herrera, B. E. & El Hasnaoui, A. (2020). *Le Maroc sous COVID -19*. Zugriff auf <https://mena.fes.de/blog/e/le-maroc-sous-covid-19>
- Boughzala, M. (2019). *Unemployment in Tunisia: why it's so high among women and youth*. Zugriff auf <https://theforum.erf.org.eg/2019/05/07/unemployment-tunisia-high-among-women-youth/>
- BPB. (2020). *Bundeszentrale für politische Bildung - Dossier Innerstaatliche Konflikte - Libyen*. . Zugriff auf <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54649/libyen>
- Bredan, A. & Bakoush, O. (2021). COVID-19 epidemic in Libya. *Libyan Journal of Medicine*, 16 (1), 1871798. doi: 10.1080/19932820.2021.1871798
- Bresillion, T. & Meddeb, H. (2020). *Reform from crisis: How Tunisia can use covid-19 as an opportunity*. Zugriff auf https://ecfr.eu/publication/reform_from_crisis_how_tunisia_can_use_covid_19_as_an_opportunity/
- Chuprygin, A. (2020). Libya in the Covid-19 Era: Between Local Chaos and Foreign Interferences. In A. Kortunov & P. Magri (Hrsg.), *After the Storm* (S. 68–77). Milan.
- CIA. (2021). *The World Factbook – Central Intelligence Agency- Länderprofil Ägypten*. Zugriff auf <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/egypt/>
- Ciulla, M., Megerisi, T., Varvelli, A. & Wildangel, R. (2020). *Views from the capitals: The Libya conference in Berlin*. Zugriff auf https://ecfr.eu/article/vfc_views_from_the_capitals_the_libya_conference_in_berlin/
- Crisis 24. (2021). *Länderprofil Ägypten*. Zugriff auf <https://crisis24.garda.com/insights-intelligence/intelligence/country-reports/egypt>
- DAAD. (2020). *Marokko: Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten | 2020*. Zugriff auf https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/laendersachstaende/expertise-zu-themen-laendern-regionen/marokko_daad_sachstand.pdf
- Dacrema, E. & Talbot, V. (Hrsg.). (2020). *The MENA Region vs Covid-19: One Challenge, Common Strategies?* Zugriff auf https://www.ispionline.it/sites/default/files/publicazioni/isp_i_dossier_menavscovid19.pdf
- Deutsche Afrika Stiftung. (2020). *Covid-19: Wie stark ist Afrika betroffen? Daten, Gegenmaßnahmen, Szenarien*. Zugriff auf <https://www.deutsche-afrika-stiftung.de/en/publications/afrikapost-aktuell-covid-19-wie-stark-ist-afrika-betroffen/>
- Dong, E., Du, H. & Gardner, L. (2020). An interactive web-based dashboard to track COVID-19 in real

- time. *The Lancet Infectious Diseases*, 20 (5), 533–534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1
- Dworkin, A. (2019). *Tunisia – between instability and renewal*. Zugriff auf https://ecfr.eu/article/commentary_tunisia_between_instability_and_renewal/
- El Ouardighi, S. (2021). *Elections 2021: la campagne va s'accélérer (avis d'expert)*. Zugriff auf <https://www.medias24.com/2021/05/16/elections-2021-la-campagne-va-saccelerer-avis-dexpert/>
- Eljechimi, A. (2020). *Crisis-hit Moroccans join 'informal economy' as job market shrinks*. Zugriff auf <https://www.reuters.com/article/morocco-economy-idUSL8N2DM2QC>
- Entelis, J. P. (2011). Sonatrach: the political economy of an Algerian state institution. In D. R. Hults, M. C. Thurber & D. G. Victor (Hrsg.), *Oil and governance* (S. 557–598). Cambridge and New York: Cambridge University Press. doi: 10.1017/CBO9780511784057.016
- Fasanotti, F. S. (2021). *Libya: Too Many Leaks in the Boat Headed for Peace*. Zugriff auf <https://www.ispionline.it/it/publicazione/libya-too-many-leaks-boat-headed-peace-29250>
- France 24. (2021). Turnout at lowest in 20 years in divisive Algerian parliamentary elections. *France 24*. Zugriff auf <https://www.france24.com/en/africa/20210613-turnout-at-lowest-in-20-years-as-algeria-votes-in-parliamentary-elections>
- Freedom House. (2021a). *Freedom in the World 2021: Morocco*. Zugriff auf <https://freedomhouse.org/country/morocco/freedom-world/2021>
- Freedom House. (2021b). *Freedom in the World 2021: Tunisia*. Zugriff auf <https://freedomhouse.org/country/tunisia/freedom-world/2021>
- Freedom House. (2021c). *Algeria: Freedom in the World 2020 Country Report*. Zugriff auf <https://freedomhouse.org/country/algeria/freedom-world/2020>
- Germany Trade and Invest. (2018). *Sonderwirtschaftszone am Golf von Suez*. Zugriff auf <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/entwicklungsprojekte/aegypten/sonderwirtschaftszone-am-golf-von-suez-37356>
- Germany Trade and Invest. (2021a). *Corona wirft ägyptische Wirtschaft zurück*. Zugriff auf <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/aegypten/corona-wirft-aegyptische-wirtschaft-zurueck-243342>
- Germany Trade and Invest. (2021b). *Wirtschaftsausblick Ägypten – Auch 2021 wird Corona die ägyptische Wirtschaft belasten*. Zugriff auf <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsausblick/aegypten/auch-2021-wird-corona-die-aegyptische-wirtschaft-belasten-651570>
- Ghanem, D. (2020). *Algeria's Hirak: Why Such a Mass Movement Achieved so Little*. Cambridge Middle East and North Africa Forum. Zugriff auf <https://manaramagazine.org/2020/12/15/algerias-hirak-why-such-a-mass-movement-achieved-so-little/>
- Ghanem, D. (2021). *2. Above the State: The General's Republic in Algeria* (Policy Roundtable: The Military and Mass Protests in Africa Aufl.). Zugriff auf <https://tnsr.org/roundtable/policy-roundtable-the-military-and-mass-protests-in-africa/#essay2>
- Ghanem, D. & Benaidji, R. (2020). *In Search of Legitimacy*. Zugriff auf <https://carnegie-mec.org/diwan/80848>

- Ghebouli, Z. L. (2021). *Algeria's Political Crisis: An Ongoing Vicious Cycle*. Zugriff auf <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/algerias-political-crisis-ongoing-vicious-cycle>
- Giampaolo, M. (2020). Libya and Coronavirus: What Are the Political and Health Risks? In E. Dacrema & V. Talbot (Hrsg.), *The mena region vs covid-19: One challenge, common strategies?* (S. 46–48).
- GIZ. (2020). *Marokko*. Zugriff auf <https://www.giz.de/de/weltweit/340.html>
- Hatim, Y. (2020). *Morocco's 2021 General Elections to Take Place in September*. Zugriff auf <https://www.moroccoworldnews.com/2020/11/325360/moroccos-2021-general-elections-to-take-place-in-september>
- HRW. (2020). *Human Rights Watch World Report 2020*. Zugriff auf <https://sevenstories.com/books/4230-world-report-2020>
- Hults, D. R., Thurber, M. C. & Victor, D. G. (Hrsg.). (2011). *Oil and governance: State-owned enterprises and the world energy supply*. Cambridge and New York: Cambridge University Press. doi: 10.1017/CBO9780511784057
- ILO. (2018). *Women and Men in the Economy: A Statistical Picture*. Zugriff auf https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_{_}626831.pdf
- ILO. (2021). *Impact de la Crise Covid-19 Sur l'emploi et les TPME au Maroc*. Zugriff auf https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_{_}emp/documents/publication/wcms_{_}767858.pdf
- International Committee of the Red Cross. (2020). *Libya: COVID-19 and conflict collide, deepening humanitarian crisis*. Zugriff auf <https://www.icrc.org/en/document/libya-covid-19-and-conflict-collide-libya-deepening-humanitarian-crisis>
- International Crisis Group. (2020a). *Algeria: Easing the Lockdown for the Hirak?* (Nr. 217). Zugriff auf <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/217-algeria-lockdown-hirak.pdf>
- International Crisis Group. (2020b). *Turkey Wades into Libya's Troubled Waters* (Nr. 257). Ankara/Tripoli/Brussels. Zugriff auf <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/257-turkey-libya-troubled-waters.pdf>
- International Crisis Group. (2020c). *Fleshing Out the Libya Ceasefire Agreement* (Nr. 80). Rome/Brussels. Zugriff auf <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/b080-libya-ceasefire-agreement.pdf>
- International Crisis Group. (2021). *Libya Turns the Page* (Nr. 222). Zugriff auf <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/222-libya-turns-the-page.pdf>
- IOM Global Migration Data Analysis Centre. (2021). *Migration Data Portal: Libya: Total number of internal displacements due to conflict*. Zugriff auf https://migrationdataportal.org/data?i=idp_stock_conflict&t=2020&cm49=434
- ISPI. (2021). *The Second Civil War in Libya, a Timeline*. Zugriff auf <https://www.ispionline.it/it/pubblicazione/second-civil-war-libya-timeline-29312>
- IWF. (2020). *Internationaler Währungsfond - Pressemitteilung Nr. 20/248*. Zugriff auf <https://www.imf.org/en/News/Articles/2020/06/26/pr20248-egypt-imf-executive-board-approves-12-month-us-5-2billion-stand-by-arrangement>

- IWF. (2021). *Breakeven Oil Prices - IMF Data*. Zugriff auf <https://data.imf.org/regular.aspx?key=60214246>
- Johns Hopkins Universität. (2021a). *Covid-19 Cases Morocco*. Zugriff auf <https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19>
- Johns Hopkins Universität. (2021b). *Corona Virus Resource Center- Länderprofil Ägypten*. Zugriff auf <https://coronavirus.jhu.edu/region/egypt>
- Karam, S. (2020). *A Stalled Conflict in Sahara Risks Reigniting as Trade Blocked*. Zugriff auf <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-11-05/a-stalled-conflict-in-sahara-risks-reigniting-as-trade-blocked>
- Khan, M. & Mezran, K. (2014). *No Arab Spring for Algeria*. Zugriff auf https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2014/05/No_Arab_Spring_for_Algeria.pdf
- Kilavuz, M. T. (2019). Here's why Algerians are protesting. *The Washington Post*. Zugriff auf <https://www.washingtonpost.com/politics/2019/02/25/heres-why-algerians-are-protesting/>
- Knipp, K. & Mellouk, I. (2020). *Drei Jahre Boykott gegen Katar*. Zugriff auf <https://www.dw.com/de/drei-jahre-boykott-gegen-katar/a-53676042>
- Kortunov, A. & Magri, P. (Hrsg.). (2020). *After the Storm: Post-Pandemic Trends in the Southern Mediterranean*. Milan. Zugriff auf https://www.ispionline.it/sites/default/files/publicazioni/ispriac_2020_after_the_storm.pdf#page=68
- Kouparanis, P. (2020). *Spannungen im Östlichen Mittelmeer: "Dieser Konflikt ist viel, viel größer"*. Zugriff auf <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-griechenland-mittelmeer-konflikt-%C3%A4gypten/a-54509811>
- La Montagne. (2019). *Au Maroc, les inégalités sont toujours criantes après vingt ans de règne de Mohammed VI*. Zugriff auf https://www.lamontagne.fr/paris-75000/actualites/au-maroc-les-inegalites-sont-toujours-criantes-apres-vingt-ans-de-regne-de-mohammed-vi_{ }13615137/
- Laaroussi, M. I. (2020). *How Arab States Take on Coronavirus: Morocco as a Case Study* (Bericht). Zugriff auf <https://studies.aljazeera.net/sites/default/files/articles/documents/2020-05/HowArabStatesTakeonCoronavirusMoroccoasaCaseStudy.pdf>
- Lacher, W. (2021). *Libya's Flawed Unity Government: A Semblance of Compromise Obscures Old and New Rifts*. Zugriff auf <https://www.swp-berlin.org/en/publication/libyas-flawed-unity-government/>
- Lossow, T. v., Miehe, L. & Roll, S. (2020). *Nilstreit: Kompensation statt Mediation; wie die Europäer sich an einer alternativen Konfliktlösung beteiligen können* (Bd. 13/2020). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Zugriff auf <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67250-2>
- Lovatt, H. & Mundy, J. (2021). *Free to choose: A new plan for peace in Western Sahara*. Zugriff auf <https://ecfr.eu/publication/free-to-choose-a-new-plan-for-peace-in-western-sahara/>
- Marokkanisches Parlament. (2021). *Aufbau und Verteilung der Sitze*. Zugriff auf <https://www.chambredeprepresentants.ma/en>

- Marwane, A. (2021). *After Two Years of Algeria's Hirak, What Has Been Accomplished?* Zugriff auf <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/after-two-years-algerias-hirak-what-has-been-accomplished>
- Mcdowall, A. & Pamuk, H. (2021). *Libya's foreign minister sees progress on removal of foreign mercenaries.* Reuters. Zugriff auf <https://www.reuters.com/world/africa/libya-needs-hold-election-december-ensure-lasting-peace-blinken-2021-06-23/>
- Megerisi, T. (2020). *It's Turkey's Libya now.* Zugriff auf https://ecfr.eu/article/commentary_its_turkeys_libya_now/
- Megerisi, T. (2021a). *Spoiler alert: How Europe can save diplomacy in Libya.* Zugriff auf <https://ecfr.eu/wp-content/uploads/Spoiler-alert-How-Europe-can-save-diplomacy-in-Libya.pdf>
- Megerisi, T. (2021b). *Plot twist: How Europe should deal with Libya's new government.* Zugriff auf <https://ecfr.eu/article/plot-twist-how-europe-should-deal-with-libyas-new-government/>
- Meyer, H. (2021). *Democracy without Political Parties?* Zugriff auf <https://mena.fes.de/blog/e-democracy-without-political-parties>
- Mezran, K. & Alunni, A. (2021). *Libya 10 Years After the 2011 Revolution: A Democratic Transition Unfulfilled.* Zugriff auf <https://www.ispionline.it/it/publicazione/libya-10-years-after-2011-revolution-democratic-transition-unfulfilled-29252#n1>
- Mzaghriani, N. (2021). *Perspectives économiques post-covid : la relance dépendra du prochain gouvernement.* Zugriff auf <https://maroc-diplomatique.net/perspectives-economiques-post-covid-la-relance-dependra-du-prochain-gouvernement/>
- Osman, I. (2021). *Algeria: The Arab Spring's Late Bloomer?* Zugriff auf <https://timep.org/commentary/analysis/algeria-the-arab-springs-late-bloomer/>
- Our World in Data. (2021). *Coronavirus Source Data.* Zugriff auf <https://ourworldindata.org/coronavirus-source-data>
- Oxford Analytica. (2019). *Daily Brief Tunisia.* Zugriff auf <https://dailybrief.oxan.com/Analysis/GA249250/Tunisian-public-wage-bill-will-limit-state-investment>
- Porter, G. (2021). *Algeria's Economic Challenges: Opportunities for U.S. Engagement.* Zugriff auf <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/algerias-economic-challenges-opportunities-us-engagement>
- Rachidi, I. (2021). *Helpless Hirak? Democratic Disappointments in Algeria.* Zugriff auf <https://carnegieendowment.org/sada/84739>
- Raleigh, C., Linke, A., Hegre, H. & Karlsen, J. (2010). Introducing ACLED: An Armed Conflict Location and Event Dataset: Special Data Feature. *Journal of Peace Research*, Vol.47 (No.5), pp.651-660. Zugriff auf <https://doi.org/10.1177/0022343310378914>
- Reuters. (2021a). *Algeria cuts bank reserve requirements to improve funding.* Reuters Media. Zugriff auf <https://www.reuters.com/article/algeria-banks-idAFL1N2KE1UB>
- Reuters. (2021b). *Algeria's FLN remains biggest party after election.* Reuters. Zugriff auf <https://www.reuters.com/world/africa/algerias-fln-wins-most-seats-parliament>

- election-authority-says-2021-06-15/
 Reuters Staff. (2020). *Polisario leader says Western Sahara ceasefire with Morocco is over*. Zugriff auf <https://www.reuters.com/article/us-morocco-westernsahara-idUSKBN27UOGE>
- RFI. (2021). *Algeria ruling party wins parliamentary poll with record low turnout*. RFI. Zugriff auf <https://www.rfi.fr/en/africa/20210616-algeria-ruling-party-wins-parliamentary-poll-with-record-low-turnout-elections-north-africa-protests-arrests-journalists-press-freedom>
- Rodriguez, A. (2020). *Political debate over elections reappears in Morocco*. Zugriff auf <https://atalayar.com/en/content/political-debate-over-elections-reappears-morocco>
- Rome MED 2021. (2021). *Algeria's Hypes and Hopes: Prospects and Challenges Ahead*. Mediterranean Dialogues - Panel Discussion. Zugriff auf <https://www.youtube.com/watch?v=447gfGYsJfU>
- Sabra, M. (2020). *Marokko*. Zugriff auf <https://www.liportal.de/marokko/gesellschaft/>
- Sakthivel, V. (2020). *Algeria's Hirak: A political opportunity in COVID-19?* Zugriff auf <https://www.mei.edu/publications/algerias-hirak-political-opportunity-covid-19>
- Schmidt, H. (2020). *Streit um Mittelmeer-Erdgas: Keiner hat recht, keiner liegt falsch*. Zugriff auf <https://www.tagesschau.de/ausland/mittelmeer-bodenschaetze-tuerkei-griechenland-101.html>
- Serrano, F. (2021). *Two years after the start of Algeria's popular uprising, the regime is far from stable*. Zugriff auf <https://www.mei.edu/publications/two-years-after-start-algerias-popular-uprising-regime-far-stable>
- Statista. (2020). *Morocco: Unemployment rate from 1999 to 2020*. Zugriff auf <https://www.statista.com/statistics/502794/unemployment-rate-in-morocco/>
- Tagesschau. (2019). *Parteiloser wird Präsident Tunesiens*. Zugriff auf <https://www.tagesschau.de/ausland/tunesien-stichwahl-107.html>
- Tagesschau. (2020). *Neue Regierung in Tunesien gewählt*. Zugriff auf <https://www.tagesschau.de/ausland/tunesien-regierung-105.html>
- Tagesschau. (2021a). *Größte Massenproteste seit Jahren*. Zugriff auf <https://www.tagesschau.de/ausland/tunesien-353.html>
- Tagesschau. (2021b). *Ägyptens Präsident al-Sisi - Zurück auf großer Bühne*. Zugriff auf <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/blinken-sisi-101.html>
- The North Africa Post. (2021). *Informal sector represents 30% of Morocco's GDP- Central Bank study*. Zugriff auf <https://northafricapost.com/46690-informal-sector-represents-30-of-moroccos-gdp-central-bank-study.html>
- Thyen, K. (2019). *Tunesiens junge demokratie: Zwischen sozialprotesten und strukturanpassung* (Nr. 2). Zugriff am 07.07.2021 auf <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/11578936-tunesiens-junge-demokratie-zwischen-sozialprotesten-strukturanpassung/>
- Times of Israel. (2018). *Egyptian army in Sinai Peninsula doubles in a year, with Israel's blessing*. Zugriff auf <https://www.timesofisrael.com/egyptian-army-in-sinai-peninsula-doubles-in-a-year-with-israels-blessing/>
- Torreblanca, J. I. (2021). *This time is different: Spain, Morocco, and weaponised migrati-*

- on. Zugriff auf <https://ecfr.eu/article/this-time-is-different-spain-morocco-and-weaponised-migration/>
- UNHCR. (2018). *Tindouf camps planning figures*. Zugriff auf <https://www.unhcr.org/news/press/2018/9/5bae473c4/tindouf-camps-planning-figures.html>
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. (2020). *Global Humanitarian Overview 2021: Libya*. Zugriff auf <https://gho.unocha.org/libya>
- United Nations Security Council. (2021). *Resolution 2570 (2021): S/RES/2570 (2021)*. Zugriff auf <https://unsmil.unmissions.org/sites/default/files/n2109656.pdf>
- Uppsala Conflict Data Program. (2021). *Libya: Government*. Zugriff auf <https://ucdp.uu.se/conflict/11346>
- Utterwulge, S. & Khouja, A. B. (2021). *Ten years after the Jasmine Revolution, it's time for the Tunisian garden to bloom again*. Zugriff auf <https://www.undp.org/blogs/ten-years-after-jasmine-revolution-its-time-tunisian-garden-bloom-again>
- Vereinte Nationen. (2020). *Egypt - COVID-19 Response and Recovery Interventions of the United Nations in Egypt*. Zugriff auf <https://egypt.un.org/sites/default/files/2020-09/COVID%2019%20Egypt%20Final.pdf>
- Wehrey, F. (2020). *"This War is Out of Our Hands": The Internationalization of Libya's Post-2011 Conflicts From Proxies to Boots on the Ground*. Zugriff auf <https://www.newamerica.org/international-security/reports/this-war-is-out-of-our-hands/>
- Weltbank. (2021a). *Unemployment, youth total (% of total labor force ages 15-24)(modeled ILO estimate) - Morocco*. Zugriff auf <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.1524.ZS?locations=MA>
- Weltbank. (2021b). *Unemployment, total (% of total labor force)(modeled ILO estimate) - Tunisia*. Zugriff auf <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=TN>
- Weltbank. (2021c). *Wirtschaftsdaten Ägypten*. Zugriff auf <https://data.worldbank.org/country/EG>
- Weltbank. (2021d). *Total natural resources rents (% of GDP) - Algeria | Data*. Zugriff auf <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.TOTL.RT.ZS?locations=DZ>
- Weltbank. (2021e). *Macro Poverty Outlook: Libya*. Zugriff auf <https://pubdocs.worldbank.org/en/952021554825498099/mpo-lby.pdf> doi: 10.5949/liverpool/9780968128893.003.0014
- Weltbank. (2021f). *Worldwide Governance-Indikatoren Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien*. Zugriff auf <http://info.worldbank.org/governance/wgi/>
- Weltbank. (2021g). *Unemployment, total (% of total labor force) (modeled ILO estimate)*. Zugriff auf <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS>
- Zaim, E. (2021). *Algeria's Hirak at a Crossroad: Towards an Impasse or Progress?* Zugriff auf <https://researchcentre.trtworld.com/wp-content/uploads/2021/02/Algerian-CrossroadV2.pdf>
- ZDF. (2020). *Flucht über das Mittelmeer kennt keine Pause*. Zugriff auf <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/fluechtlinge-mittelmeer-tunesien-entwicklung-100.html>

Das **Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung (KompZ KFE)** ist an der Universität der Bundeswehr in München angesiedelt, finanziert als mehrjähriges Projekt durch das Bundesministerium der Verteidigung und das Auswärtige Amt.

Die Aufgabenschwerpunkte des Zentrums umfassen:

- wissenschaftliches Arbeiten in der quantitativen Krisen- und Konfliktforschung unter Verwendung innovativer konzeptioneller und methodischer Ansätze („Predictive Analytics“).
- die Unterstützung der beteiligten Bundesressorts im Rahmen unseres Mandats bei der Vorhersage und Bewertung von Krisen und Konflikten, um präventiv darauf reagieren zu können.

Hierfür werden am KompZ KFE interdisziplinäre Methodenkompetenz aufgebaut und innovative Forschungsansätze und IT-Instrumente geprüft und weiterentwickelt. Dies beinhaltet auch den wissenschaftlich-fachlichen Austausch mit akademischen Einrichtungen.

Die schon existierenden Ansätze zur IT-gestützten Krisenfrüherkennung in den beteiligten Ressorts werden wissenschaftlich fundiert begleitet und prototypisch weiterentwickelt. Zudem soll das Zentrum auch anderen Bundesressorts für eine fachliche und finanzielle Beteiligung offenstehen, damit weitere Synergiepotentiale realisiert werden können.

Das Zentrum liefert einen wesentlichen Beitrag zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit und zum nationalen Prozess der Krisenfrüherkennung.

Anschrift: Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung
Universität der Bundeswehr München
Werner-Heisenberg-Weg 39
85577 Neubiberg

E-Mail: KompZKFE@unibw.de

Tel.: +49 89 6004 - 0000

Web: <https://www.unibw.de/ciss/kompz-kfe/kompz-kfe>
